

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Preußenkabinett tritt ab

Rücktrittstag: Der 24. Mai

Der Beschluß und seine Begründung

Berlin, den 26. April 1932.

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit:
Das preußische Staatsministerium hat heute auf Grund des Artikels 17 der preußischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch die neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Die Gründe des Kabinetts

Berlin, 26. April 1932.

Die Gründe für die Entschlüsse der preußischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

„Eine frühere Einberufung des Landtags als am 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtags könnte den Termin nicht verfrühen, denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Gemäß § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen

Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden, denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

(Siehe auch dritte Seite Hauptblatt)

SPD steigt vom hohen Roß

Eine sachliche Auseinandersetzung mit anderen Arbeiterparteien hat der „Vorwärts“ bisher unter seiner Würde gehalten. Höflichkeit war für ihn nur dann am Platze, wenn er mit den Koalitionsparteien diskutierte. Für die Arbeiterparteien hatte er immer nur Verachtung, vor allem, wenn es sich um Kommunisten handelte. Ein Artikel, der im „Abend“ — der Spätausgabe des „Vorwärts“ — vom Dienstag, den 26. April, enthalten ist, scheint hier eine Wendung anzudeuten. Der „Vorwärts“ steigt damit ganz sichtbar von dem hohen Roß, auf dem er sich bisher bewegte, herunter und spricht mit der KPD plötzlich wie mit einem etwas mißratenen Bruder. So bezeichnet er die KPD ob ihrer Erklärung, daß sie alles tun werde, um Hitler den Weg zur Macht zu versperren, als einen „lößlichen Vorschlag“, und da das Blatt diese ganzen Ausführungen nicht irgendwie in die hintersten Spalten versteckt, so wird damit immerhin zum Ausdruck gebracht, daß die SPD sich jetzt nicht mehr scheut, sich mit den Kommunisten bei Tag sehen zu lassen. Man kann auch nicht einmal sagen, daß alle Belehrungen, die der „Vorwärts“ der KPD erteilt, völlig deplaciert seien, nur eines ist nicht einzusehen: daß der „Vorwärts“ meint, die Sozialdemokratie habe im Gegensatz zur KPD nicht nötig, ihre Taktik nachzuprüfen oder zu

ändern. Sollte das wirklich die Meinung der SPD sein, dann allerdings würde diese ganze Diskussion lieber nicht begonnen, denn dann wäre sie von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Eine Korrektur, ja sogar eine sehr starke Korrektur, ist auch nur gerade von seiten der SPD nötig, wenn auch nur der Schein einer Hoffnung auf die Herstellung der Klassenfront des Proletariats erstehen soll.

Breitscheids letzte Hoffnung

In dem Blatt des ihm befreundeten früheren dänischen Ministers Hanssen äußert sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid über den Wahlausfall folgendermaßen: Angesichts der Propaganda Hitlers und der Wirtschaftsnot könne der Erfolg der NSDAP nicht überraschen. Die Entscheidung liege jetzt beim Zentrum, das seines Erachtens ein Zusammengehen nicht ablehnen, aber Bedingungen stelle werde, die die NSDAP kaum annehmen könne, nachdem sie sich weite katholische Kreise durch ihre Angriffe zu Feinden gemacht habe. Bis zum Juni, wenn der neue Landtag zusammentrete, werde das jetzige Ministerium im Amte bleiben. Die Reichsregierung müsse sich von nun an weiteren Verschlechterungen für die Lebenshaltung der Arbeitenden energisch widersetzen, wenn sie nicht die Tolerierung durch die SPD ausschließen wolle.

Christen für Nazi-Regierung in Württemberg

TU. Stuttgart, 26. April 1932.

Von der Geschäftsstelle des Christlichen Volksdienstes in Württemberg wird folgende Stellungnahme des Christlichen Volksdienstes zur Regierungsbildung in Württemberg mitgeteilt. Nachdem das Wahlergebnis gezeigt hat, daß die Bildung einer Mehrheitsregierung auf der bisherigen parlamentarischen Grundlage nicht möglich ist, sollte nach Auffassung des Volksdienstes den gegebenen staatspolitischen und parlamentarischen Notwendigkeiten Rechnung getragen und der ernsthafte Versuch unternommen werden, eine starke Mehrheit unter Einschluß der Nationalsozialisten zu einigen und auf möglichst breiter Grundlage eine arbeitsfähige Regierung zu bilden.

Nazi-Ley aus der Haft entlassen

TU. Köln, 26. April 1932.

Die Justizpressestelle teilt mit: Das Schnellverfahren gegen Dr. Ley und Gen. findet Mittwoch nicht statt, da der Reichstagsabgeordnete Wels, auf den als Zeugen nicht verzichtet werden kann und der sich wieder in Berlin befindet, nicht reisefähig ist. Die Strafkammer des Landgerichts hat auf Haftbeschwerde die Haftbefehle gegen Dr. Ley und Fuchs mangels Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr aufgehoben.

Prompt wie immer hat die republikanische Justiz den sich als Strolch betätigenden Dr. Ley aus der Haft entlassen, nachdem noch gestern Abend der „Vorwärts“ triumphierend meldete, daß gegen Dr. Ley Haftbefehl erlassen sei.

Reichstag am 9. Mai

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Dienstag nachmittag, den Reichstag auf den 9. Mai einzuberufen. Die Sitzung soll aber nur vier Tage dauern.

Zentrum wird Trumpf

In Durchführung der schon in den letzten beiden Wochen erkennbar gewordenen Annäherung, die die demokratischen Blätter, vor allem Berlins, an die Sozialdemokratische Partei, aber auch an die Zentrumsparlei vollführt haben, ist jetzt der Redakteur Josef Räuscher in die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ berufen worden. Dr. Räuscher ist ein maßgeblicher Exponent der Zentrumsparlei. Er war jahrelang verantwortlicher Redakteur der „Germania“, dann unter dem Ministerialdirektor z. D. Dr. Spiecker Mitherausgeber des Nachrichtendienstes „Reichsdienst der Deutschen Presse“ und zuletzt Redakteur der drahtlosen Nachrichten (DRADAG). Räuscher wird in die außenpolitische Redaktion des „Berliner Tageblattes“ eintreten, aus der soeben ein Mitglied angeblich wegen allgemeinen Abbaues des Personals entlassen worden ist. Er gilt für die Zukunft als Verbindungsmann zur Zentrumsfraktion und zum Reichskanzler Brüning selbst.

Umgruppierung!

Was haben die Generäle der geschlagenen Parteien aus der Niederlage gelernt? Unsere Generäle von der Eisernen Front und von der sogenannten Roten Front? Jenen Fronten, deren eine nicht eiserne ist und deren andere von der großen roten Front nur einen isolierten Splitter darstellt?

Nichts! Wenn es auf sie ankommt, dann soll es weiter auf den Abgrund zugehen wie bisher!

Kleinlaut, niedergeschlagen und feige starrt der Parteivorstand der SPD nach der Wahl auf die Entscheidung des Zentrums. Seine Ruhmredigkeit ist dahin. Gestern erklärte er uns noch, er habe den Faschismus geschlagen, gestern, als er Hindenburg auf den Schild hob. Heute gelten ihm auch die 4½ Millionen Anhänger, die er — immer noch der Vorstand der größten Arbeiterparlei Deutschlands — zusammenhalten konnte, wenig. Wenig gilt ihm ihre Kampfbereitschaft gegen den Faschismus. Siebzehn Jahre Lukaliedienst seit dem August 1914 haben ihn unfähig gemacht, diese Kampfbereitschaft wirksam einzusetzen. Er starrt jetzt auf den bewährten Koalitionspartner, auf das Zentrum, das mit seiner Hilfe feister und anmaßender geworden ist als je in Deutschland, bereit, einen preußischen Bräutigam zu tolerieren. Und so wieder einmal „das Schlimmste zu verhindern“ und in Wirklichkeit das Unheil fortzusetzen. Kein Gedanke daran, die Kraft der 4½ Millionen einzusetzen. Beim Zentrum liege die Entscheidung, schreibt Breitscheid, der Katzenjammer über die Enttäuschung kann bei der Rechten beginnen, meint Löbe, „Zentrum hilf“, schrien schon die Generäle.

Aber aus jeder Zeile des „Vorwärts“, hinter jedem Wort der SPD-Presse, glotzt nur der eigene Katzenjammer hervor.

Zentrum hilf, das ist auch diesmal die letzte Weisheit der immer noch großen SPD! Tolerierung bis zum bitteren Ende!

*

Soeben erläßt der ADGB seinen Maiaufruf. In der Sammlung der Maiaufrufe wird dieser einen besonderen Platz haben! Er ist erschienen zwei Tage nach der großen Niederlage in Preußen, und von Einsicht und Umkehr — nichts! Im Gegenteil! Die einzige Lehre der Niederlage, die die ADGB-Führer gezogen haben, scheint zu sein: Auch den letzten Verdacht der Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterbewegung zu beseitigen, auch die letzte Erinnerung an die Vergangenheit zu tilgen! An die Stelle des heute doppelt notwendigen mannhaften Wortes dieser großen Organisation, der letzten Reserve der Arbeiterbewegung in Deutschland für den Sozialismus als einzigen Ausweg vor der Katastrophe — tritt der Aufruf ein für eine „geänderte Wirtschaft“. An der Stelle der nötigen leidenschaftlichen Anklage gegen das Zerfallssystem des Kapitalismus, das den Faschismus gebiert, beißt sich der ADGB in seinem Aufruf, seine nationale Zuverlässigkeit zu erweisen. Er tritt ein am 1. Mai für die „Erhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit Deutschlands!“ An die Stelle des immer noch fehlenden Kampfprogrammes gegen die furchtbaren Aus-

wirkungen der Krise zwei Forderungen: die 40-Stundenwoche und die Arbeitsbeschaffung! Die 40-Stundenwoche fordern heute bereits vornehmliche bürgerliche Stimmen. Aufgabe des ADGB wäre es, den Arbeitern konkret zu sagen, wie sie sich die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich holen können! Die Arbeitsbeschaffung ist zur allgemeinen Forderung geworden, aber Aufgabe des ADGB wäre es, über die vage Formel hinaus den Arbeitern konkret zu sagen, wie Arbeit zu beschaffen ist, welche Eingriffe in die kapitalistische Korruptionswirtschaft sofort nötig und sofort möglich sind, die Einstellung und Fortführung der stillgelegten Betriebe mit öffentlichen Mitteln, die Besteuerung der großen Monopole und Konzerne, die Niederreißung der Zollmauern, die Beseitigung der Preismonopole, die Arbeiterkontrolle der Produktion usw. — Nichts von alledem. Nach dem Krisenkongress und seiner Pleite zieht sich der ADGB auf die allgemeinsten vagsten, leersten Formeln zurück. Nur so weiter, das ist der sichere Weg der Ueberantwortung der heute noch intakten Gewerkschaftsorganisationen an die Nazis.

Und die Generale der „Roten Front“?

Sie haben dreizehn Jahre lang, und in den letzten Jahren immer eindringlicher bewiesen, und am eindringlichsten in der letzten Zeit mit der Thälmann-Sonderkandidatur und im Preußenwahlkampf, — daß sie ausgezeichnet verstehen, die opferwilligen Arbeiter der Kommunistischen Partei in hoffnungslose Isolation zu treiben, und sie kampfunfähig zu machen! Die KP hat in der Wahl dafür selbst am meisten bezahlt. Hat ihre Führung, haben die Thälmann, Kemmele, Neumann jetzt endlich etwas gelernt?

Auf den ersten Blick scheint es, als beginne eine gewisse Umkehr sich hier anzukündigen. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht nach der Wahl einen Aufruf, der sich eindringlicher als ähnliche Aufrufe sonst an alle Arbeiter wendet, zum gemeinsamen Kampf gegen Kapitaloffensive und Faschismus. Neu in diesem Aufruf ist auch, daß er wörtlich sagt: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Mit jeder Organisation, d. h. also auch mit sozialdemokratischen Organisationen! Bisher hat die kommunistische Parteiführung ein solches Zusammengehen für eine Sünde wider den Geist des Leninismus gehalten. Bisher hat sie die Arbeiter der anderen Organisationen, die nicht auf ihre Thesen eingeschworen waren, mit fanatischem Haß als Sozialfaschisten bekämpft. Mit Genugtuung und Befriedigung stellen wir fest, daß unter den Schlägen des Faschismus und unter dem Druck der über die Niederlagen der Partei erbitterten Parteimitglieder wenigstens eine solche erste Wendung zum Besseren sich jetzt ankündigt. Es fehlt in dem Aufruf auch die berüchtigte Formel, die für kommende gemeinsame Aktionen die Führung im vornherein für die Kommunistische Partei beansprucht.

Alles das ist ein Fortschritt. Aber dabei kann es nicht bleiben! Es ist mehr nötig in dieser Situation. Die RGO kann nicht den ADGB und die Gewerkschaftsorganisationen zur Einheitsfront gegen den Lohnabbau auffordern, die oppositionellen Mitglieder des ADGB in der RGO können nicht „Einheitsfront“ mit ihrer eigenen Organisation, mit den Freien Gewerkschaften, bilden. Notwendig ist, daß die Kommunistische Partei die Ernsthaftigkeit ihrer Wendung damit beweist, daß sie die Splitterverbände der RGO, die keine andere Auswirkung haben, als daß sie die revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften absaugen, und die Gewerkschaften damit nur noch fester der Reformistenführung ausliefern, liquidiert. Und zwar sofort liquidiert, Aufschub in dieser Situation heißt dem Faschismus helfen, auch die Gewerkschaften sturmreif zu machen.

Notwendig ist ferner, daß die Kommunistische Partei zusammen mit den Gewerkschaften, der SPD und allen anderen Organisationen einen festen Arbeiterblock gegen den Faschismus bildet.

Ein solcher Block ist möglich, er darf in Deutschland nicht wie in Italien der sogenannte Aventinblock der Kommunisten und Sozialdemokraten, erst kommen, wenn Hitler schon an der Macht ist, so wie der Aventinblock erst kam, als Mussolini bereits die Macht in der Hand hielt.

Bei der KPD liegt jetzt ein wichtiger Teil der Entscheidung für die ganze zukünftige Entwicklung. Sie hat mit ihren parlamentarischen Vertretungen in Preußen, Hamburg, Anhalt und Württemberg, also in dem größten Teil des Reichsgebietes, Schlüsselpositionen! Nur dann, wenn sie mit ihren ultralinken Dogmen zu brechen wagt, wenn sie durch ihre parlamentarische Abstimmung dort die Bildung von Nazi-Regierungen und Nazi-Koalitionen verhindert, wird sie in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall im

Kriegsdrohung Japans gegen die Sowjetunion

Die Ereignisse in der Mandschurei und das Vorgehen Japans nehmen einen Charakter an, daß mit dem offenen kriegerischen Angriff auf Rußland zu rechnen ist. Gegenwärtig spielen sich ziemlich umfangreiche Gefechte zwischen „aufständischen“ chinesischen Truppen einerseits und Truppen der mandschurischen Regierung und Japans andererseits, ab. Es ist unklar, ob es sich bei den „Aufständen“ in der Tat um ernsthafte Kämpfe gegen Japan und die von ihm eingesetzte Regierung der Mandschurei handelt, oder nur um von Japan künstlich inszenierte Aufstände zu dem Zweck, die notwendige Begründung für den immer größeren Einsatz japanischer Truppen an der Sowjetgrenze zu haben.

Für das Letztere spricht die Tatsache, daß Japan nicht nur „zur Niederschlagung der Aufstände“ immer größere Truppenmassen an die Grenzen der Sowjetunion wirft, sondern auch offen mit kriegerischen Maßnahmen gegen Rußland droht. So hat der japanische Kriegsminister in einem Interview dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt:

Die Mandschurei mit ihren reichen Bodenschätzen sei für Japan unentbehrlich. Japan sei entschlossen, seine Ziele in der Mandschurei konsequent weiter zu verfolgen, unbekümmert um die Proteste des Völkerbundes und der Sowjetunion. Es würden in nächster Zeit wichtige Entscheidungen getroffen.

Das ist eine ganz offizielle Kriegsdrohung durch das Haupt der japanischen Militärs, die bekanntlich die Regierung in Tokio beherrschen. Eine weitere Provokation, mit der offensichtliche Absicht, Rußland zum Krieg zu zwingen, ist die Verhaftung und Festhaltung von 50 russischen Beamten der russisch-mandschurischen Eisenbahn durch japanisches Militär.

Höchst auffällig ist das Verhalten der „Roten Fahne“ gegenüber dieser akuten Kriegsgefahr. Seit dem polnischen Krieg 1920 war die Sowjetunion noch nie so unmittelbar durch die imperialistischen Kriegstreiber bedroht, wie jetzt durch Japan. Während aber die „Rote Fahne“ jahrelang fast jedes außenpolitische Ereignis, als „unmittelbare Kriegsgefahr für Sowjetrußland“ bezeichnete, verschweigt oder bagatellisiert sie jetzt und seit Monaten die alarmierendsten Kriegsdrohungen Japans. Sie bringt z. B. in ihrer gestrigen Ausgabe nur einige weniger wichtige Meldungen unter der belanglosen Ueberschrift: „Brandherd Mandschurei.“ Es gibt schlechterdings keine plausible Erklärung für dieses Verhalten der „R.F.“

Gewiß treibt die Sowjetunion eine planmäßige Friedenspolitik und sie hat alles Interesse daran, auf die japanischen Provokationen nicht blind hereinzufallen. Das um so weniger, als ein Krieg in Ostasien für Rußland eine ungeheure Kraftaufwendung unter ungünstigen Bedingungen wäre. Aber man vermindert weder diese Schwierigkeiten, noch den Krieg, wenn man, wie die „R.F.“ den Kopf in den Sand steckt. Umgekehrt ist gerade jetzt notwendig das Weltproletariat auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen und zu mobilisieren zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den imperialistischen Angriff.

Russische Beschuldigungen gegen die Mandschurei

Wie die sowjetamtliche Telegraphenagentur aus Charbin meldet, hat sich in den letzten Tagen neben dem Einbruch in das sowjet-

außerparlamentarischen Kampf, wo es darauf ankommt, auch das Ohr der sozialdemokratischen Arbeiter finden, die von den parlamentarischen Entscheidungen noch Wunder erwarten. Nur dann wird sie den ehrlichen Kampfeswillen der Arbeiter in ihren Reihen produktiv für die Klasse einsetzen und mit dem Kampfeswillen der sozialdemokratischen Arbeiter verbinden können.

Es ist wenig Hoffnung, daß dieser Weg von ihr bald beschritten wird. Die Betrachtung zum Wahlausgang in der Roten Fahne vertuscht die bisherigen katastrophalen Fehler der Partei. Nur die „Manöver der Bourgeoisie“ und „die ungenügende Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees“ seien Schuld an der Niederlage. Nach der jahrelangen Sektiererpolitik ist hier offene Selbstkritik, breite Diskussion in den Reihen der Mitglieder möglich. Winkelzüge und kommandierte halbe Wendungen führen hier nicht aus dem Sumpf heraus.

Umgruppierung ist nötig. Von einem knappen Fünftel der Front beider Arbeiterparteien im Jahre 1928 ist die faschistische Partei heute bereits angeschwollen auf eine

russische Generalkonsulat eine Reihe weiterer Zwischenfälle in Charbin ereignet. So hat die chinesische Polizei in einem Vorort Charbins ein Sprengstofflager aufgedeckt, das sich im Besitz von dortigen Weißgardisten befand. Obwohl die Polizei, wie es sich erwies, schon seit längerer Zeit von diesen Sprengstoffen gewußt habe, sei aus unerfindlichen Gründen nichts gegen die Weißgardisten unternommen worden. Auch die Haussuchungen bei Sowjetbürgern in Charbin, die auf Anweisung der japanischen Ratgeber der dortigen chinesischen Behörden erfolgten, mehrten sich von Tag zu Tag. In allen diesen Tatsachen erblicke die Sowjetregierung Provokationsakte, die in einem krassen Widerspruch zu den Versicherungen der Behörden ständen, daß die Mandschurei gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten wolle. In der Protestnote der Sowjetregierung sei deshalb auch auf diese offensichtliche Zusammenarbeit zwischen den mandschurischen Behörden und den sowjetfeindlichen Weißgardisten hingewiesen worden.

Abgekartetes Spiel

TU. Moskau (über Kowno), 26. April 1932.

Wie aus Mukden gemeldet wird, hat die Regierung Puji ein Telegramm nach Tokio gesandt, in dem die mandschurische Regierung erklärt, daß sie das japanische Oberkommando um militärische Unterstützung bitte, da ihre Armee noch nicht genug organisiert sei, um gegen die Aufständischen kämpfen zu können.

Das ist ein abgekartetes Spiel Japans. Seine Strohpuppe Puji „bittet“ selbstverständlich im Auftrage Japans um japanische Truppen.

Massenverhaftungen in Delhi

Bombay, 25. April 1932.

Am Sonnabend und Sonntag wurden in Delhi insgesamt 1000 Kongreßanhänger verhaftet, die an der von der indischen Regierung verbotenen Jahresversammlung des Allindischen Kongresses teilnehmen wollten. Tausende von Indern aus allen Teilen des Landes waren nach Delhi geströmt. Die Polizei befand sich dauernd im Alarmzustand und löste jeden Kundgebungszug sofort auf.

Delhi und die nähere Umgegend böten den Anblick einer belagerten Stadt.

Längs der Straßen waren Hunderte von Zelten aufgeschlagen, in denen sich Polizeimannschaften befanden, die den Zumarsch nach Delhi überwachten. Auch die Bahnhöfe wurden streng bewacht. Gegen Sonntag mittag versammelten sich mehrere Kongreßführer vor dem Glockenturm in Delhi, wo sie ihre Entschlüsse verlesen wollten. Sie wurden jedoch sofort festgenommen. Hunderte von Sikhs, die einen Kundgebungszug bildeten, warfen sich zu Boden, als die Polizei eintraf.

„Prolet, greif zu!“ in Bayern verboten

Die von der SAP unter dem Titel „Prolet, greif zu!“ verbreiteten Flugblätter sind von der Würzburger Kriminalpolizei beschlagnahmt worden, mit der Begründung, daß deren Verbreitung für ganz Bayern verboten sei. Da diese Publikationen einen wesentlichen Teil des Wahlmaterials der SAP in Bayern bildete, war die Partei durch das Verbot behindert, an die breiteren Wählerschichten heranzukommen. Auch ein Beitrag zur Wahlfreiheit.

gewaltige Organisation, stärker wie beide Arbeiterparteien zusammengelenkt. 1928 zählten KPD und SPD 40,9 Prozent — die Nazis 2,9 Prozent. Im September 1930 die ersten 38,5 Prozent, die Nazis bereits 18,4 Prozent. Heute die ersten 35,4 und die braune Armee 36,9 Prozent! Noch sind die Arbeiterparteien nicht vernichtet wie die bürgerlichen Parteien. Aber der erste Einbruch ist erfolgt. Rund eine Million früherer Arbeiterwähler marschiert mit Hitler. So wie bisher kann und darf es nicht weiter gehen. Ein Block der Arbeiterorganisationen würde sofort das Steuer herumwerfen. Nötig dazu ist:

die Loslösung der eisernen Front aus den Fesseln der Koalitionspolitik mit dem bankerotten Bürgertum, nötig ist die Durchbrechung der Isolierung der roten Front. Nötig ist eine einheitliche Arbeiterfront in Deutschland, ein Arbeiterblock mit einem konkreten Kampfprogramm gegen den Faschismus, gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, für einen proletarischen Ausweg! Nötig ist diese Umgruppierung; nur dann kann der Faschismus in der nächsten Schlacht vernichtend geschlagen werden, und ein neuer Vormarsch der Arbeiterbewegung beginnen!

Die Prophetin der Sklareks

Lokaltermin bei den Geistern

Im Sklarekprozeß gab es wieder — Sensationen. Dank der fürzorglichen Regie des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrats KEBNER, gab es mitten im aufgeklärten 20. Jahrhundert so etwas wie einen Lokaltermin eines preußischen Gerichts bei den Geistern. Das ist nicht ganz korrekt ausgedrückt, denn Frau Seidler, die Geistescharin, offenbarte keinen Geist. Immerhin hat sie die Brüder Sklarek, den an Gerichtsstelle nicht anwesenden, kranken Max Sklarek voran, okkulterweise beraten. Darüber hatte das Gericht für nötig befunden, die Dame zu hören, und da sie krank ans Haus gefesselt war, bemühte sich das ganze Justizaufgebot, einschließlich der mit Gummiknüppeln bewehrten Justiz-Streitkräfte zu ihr in die Wohnung.

Frau Seidler berichtete nicht nur über ihre „Wahrträume“, sondern belastete darüber hinaus die beschuldigten Beamten der städtischen Verwaltung außerordentlich schwer. U. a. gab es eine längere Debatte über die hellseherischen Fähigkeiten Frau Seidlers. Sie erklärt, „Professor Schrenk-Notzing u. a. m. waren viel bei mir und haben meine Fähigkeiten geprüft, die ich schon als Kind hatte und die in unserer Familie vererbt sind. Das Unglück der Sklareks habe ich vorher gesehen. Vor etwa drei Jahren träumte ich, ich sei auf einem großen Berg und da standen Galgen, an denen sollten alle drei Sklareks aufgehängt werden. Eine Menno Staatsanwältin waren da, und es waren schon sechs oder sieben Schlingen gemacht. Da vereinigte ich alle Schlingen zu einer und steckte meinen Kopf rein. Daraufhin wurden Feldlören mit Büchern angerollt, in denen Geld war, und damit wurde ihre Schuld abgedeckt.“

Diesen und anderen Unsinn hörte der Gerichtshof in allem Ernst stundenlang an. Offenbar ganz ohne Gefühl dafür, wie sehr er sich selber der Lächerlichkeit aussetzte.

Prozeß Kolonie „Felsenecke“

Haftentlassungsanträge abgelehnt

Berlin, 26. April 1932.

In dem Schwurgerichtsprozeß um die Vorgänge in der Kolonie „Felsenecke“ wurden gestern zunächst die Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Leppmann und Medizinalrat Ewers vernommen, die 6 Angeklagte in der Zwischenzeit ärztlich untersucht hatten und nunmehr die Haft- und Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten bestätigten.

Daraufhin lehnte das Gericht alle am Freitag gestellten Haftentlassungsanträge der Verteidiger ab,

so daß schließlich in der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren werden konnte. Nachdem der Nationalsozialist Schwartz, der schon in der letzten Sitzung vernommen wurde, noch einmal gehört worden war, schilderte der angeklagte SA-Mann Knuth die Vorgänge sowie die Tötung des Arbeiters Klemke. Knuth bestritt, daß der Sturmbannführer Schulze in der SA-Versammlung den Kameraden irgendwelche dunklen Andeutungen über die kommenden Ereignisse gemacht habe. Er habe lediglich an ihr „kameraschaftliches Gefühl“ appelliert und sie gebeten, die Kameraden gemeinsam nach Hause zu bringen. Auf dem Wege sei er, Knuth, auf dem Rad gefahren. Auf dem Schönholzer Weg sei er von einem Mann angerannt worden, so daß das Rad auf der Straße liegengeblieben sei, und daß er zu Fuß hätte weitergehen müssen. Nach dem Gongschlag, der in der Kolonie ertönte, seien die vorbeimarschierenden SA-Gruppen unter Feuer genommen worden. Auf ihn zu sei ein Mann mit einer Latte in der Hand gelaufen (Klemke), der ihm einen schweren Schlag über die Schulter versetzt habe. Daraufhin habe er mit seinem Koppel zurückgeschlagen. Zuerst seien ihm zwei bis drei Kameraden zu Hilfe geeilt, dann zehn bis fünfzehn. In dem Bestreben, seine Angreifer abzuwehren, müsse Klemke gestolpert und gefallen sein. Als er auf dem Boden lag, habe sich ein Ring um ihn geschlossen, aus dem heraus der tödliche Schuß gefallen sei. Er selbst habe außerhalb dieses Ringes gestanden und habe auch keinen von seinen Kameraden erkannt. Bald darauf sei das Ueberfallkommando gekommen, dem von einem Wachtmeister gemeldet wurde: „Ein Toter und ein Verwundeter“, und das die SA-Kameraden auseinanderknüppelte.

Kabinettskrise in Neufundland. Sechs neufundländische Minister haben ihren Rücktritt angekündigt. Ministerpräsident Sir Richard Squires, gegen den sich hauptsächlich die Empörung der Bevölkerung bei den jüngsten Unruhen richtete, hat beschlossen, auf seinem Posten zu beharren. Er wird von 3 Kabinettsministern unterstützt.

Gebt Mooney und Billings frei!

Justizskandal in Amerika

Wie in der „SAZ“ bereits zu lesen war, hat der Gouverneur von Kalifornien, James Rolph, am 21. April die Begnadigung des revolutionären Arbeiterführers Tom Mooney, der seit 16 Jahren unschuldig im Zuchthaus sitzt, endgültig abgelehnt. Dies ist der vierte kalifornische Gouverneur, der das ungeheuerliche Justizverbrechen deckt, das kalifornische Kapitalistengruppen an Tom Mooney und seinem Genossen Warren Billings begangen haben.

Der Prozeß dieser beiden Klassenkämpfer greift in die Kriegsjahre zurück. Anfang 1916 fand in San Francisco eine patriotische Demonstration für Amerikas Teilnahme am Kriege statt. Von einem Unbekannten wurde auf die Demonstranten eine Bombe geworfen, die zahlreiche Menschen tötete und verletzte. Wer die Bomben geworfen hat, ist bis jetzt nicht restlos geklärt, aber Anzeichen deuten darauf hin, daß der deutsche Spionagedienst seine Hand im Spiele hatte.

Die kalifornischen Justiz- und Polizeibehörden benutzten die Gelegenheit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: einerseits die Öffentlichkeit durch „Aufklärung“ des geheimnisvollen Verbrechens zu beruhigen und andererseits zwei Arbeiterfunktionäre, die man schon jahrelang durch unglückliche Provokateurakte zu fangen suchte, unschädlich zu machen.

Mooney und Billings waren die ersten, die die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Versorgungsgesellschaften (Gas, Wasser und Elektrizität) Kaliforniens gewerkschaftlich organisierten und in einen Streik führten. Aller Haß dieser starken kapitalistischen Konzerne richtete sich gegen sie, ein ganzer Pinkertonapparat war dauernd damit beschäftigt, sie zu verfolgen, ihnen Dynamit zu unterschieben, um sie als „Bombenwerfer“ und „Anarchisten“ zu Tode hetzen zu können. Die Explosion von San Francisco wurde nun zur Erreichung dieses Zieles ausgenutzt. Ein umfangreicher Justizapparat begann seine Arbeit unter Führung des Pinkertonchefs Swanson und des Staatsanwalts Fickert, der Vertrauensmann der Handelskammer von San Francisco, der Vertretung aller Unternehmerorganisationen, war. Es wurden Zeugen bestochen, Dokumente gefälscht, Verbrecher aus den Gefängnissen mit dem Versprechen der Freilassung zu belastenden Aussagen veranlaßt. Ja, sogar der Tatort wurde mit einer Hacke bearbeitet, um die Spuren der Explosion zu vergrößern und gleichzeitig zu verwischen.

Das so zustande gebrachte „Belastungsmaterial“ war so umfangreich, daß Geschworene und Richter Mooney zum Tode und Billings zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten.

Damals griff zum ersten Male die internationale Arbeiterschaft in das Prozeßverfahren ein. Eine mächtige Demonstration der russischen Arbeiter vor der amerikanischen Botschaft in Petersburg machte tiefen Eindruck im Weißen Hause in Washington, und Präsident Wilson, der in der schwierigen Zeit des Krieges diplomatische Verwicklungen fürchtete, veranlaßte die Umwandlung des Urteils gegen Mooney in lebenslänglichen Kerker.

Seitdem sind 16 Jahre vergangen. Stück für Stück ist das Gebäude der Anklage zusammengestürzt, so daß heute keine Spur mehr davon vorhanden ist. Alle Belastungszeugen haben ihre Aussagen eidlch widerrufen, und es hat sich herausgestellt, daß diejenigen, die unmittelbar an der Fällung der Urteile beteiligt waren, selbst nicht wußten, worum es sich in dem Prozeß gehandelt hatte. Der Staatsanwalt in der Gerichtsverhandlung gegen Billings hat angewidert sein Amt niedergelegt, als er entdeckte, daß er Werkzeug der Pinkertons gewesen war und einen völlig Unbeteiligten angeklagt hatte. Der Richter Griffith, der das Todesurteil gegen Mooney fällt, ist heute einer der eifrigsten Kämpfer für Mooneys Freilassung. Die Geschworenen haben wiederholt gegen Mooneys und Billings weitere Einkerkerung protestiert. Aber juristisch lag der Fall nicht mehr in den Händen dieser Männer. Er gelangte zu höheren Gerichten, die ein Wiederaufnahmeverfahren ablehnten und schließlich zu den Gouverneuren, die einer nach dem anderen im Laufe der vielen inzwischen vergangenen Jahre eine unbedingte Begnadigung ablehnten. Diese Gouverneure, die mit dem Gelde eben

der Kapitalisten gewählt werden, die die eigentlichen Urheber des Justizverbrechens sind, haben ihre Auftraggeber nicht enttäuscht.

Um den Skandal, der internationale Ausmaß angenommen hat, zu besänftigen, waren sie jedoch bereit, Mooney „bedingt“ zu begnadigen. Bei dieser Form der Freilassung, die mit Polizeiaufsicht verbunden ist, hatten Mooney und Billings Gesuche mit Schuldbekennnissen einreichen müssen. Aber beide bestehen auf einer unbedingten Begnadigung, in der wiederum ein Schuldbekenntnis der Justiz zum Ausdruck kommen würde.

Über 16 Jahre kämpfen Mooney und Billings um ihre Freiheit, unter tutz von Millionen, zu denen nicht nur die klassenbewußten Arbeiter Europas und Amerikas gehören, sondern auch bürgerliche Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Geistliche sämtlicher Konfessionen, hohe Juristen. Der Bürgermeister von New York, Walker, hat kürzlich Mooneys Freilassung verlangt, und im amerikanischen Senat haben eine Reihe

Senatoren in den schärfsten Worten die kalifornische Justiz gegeißelt. Die vom Gouverneur Hoover eingesetzte Senatskommission zur Untersuchung der Justiz- und Gefängnisverhältnisse, die sogenannte Wickersham-Kommission, erstattete vor einigen Monaten einen umfangreichen Bericht über ihre Tätigkeit, in dem auch der Fall Mooney-Billings behandelt und die Beilegung des Justizskandals verlangt wird. Unter Einfluß des Präsidenten Hoover, der durch persönliche und geschäftliche Freundschaften mit kalifornischen Kapitalistengruppen verbunden ist, wurde die Veröffentlichung des Berichtes entgegen allen sonstigen Gewohnheiten monatelang hinausgezögert, bis sie unter dem Druck von Protesten doch erfolgen mußte.

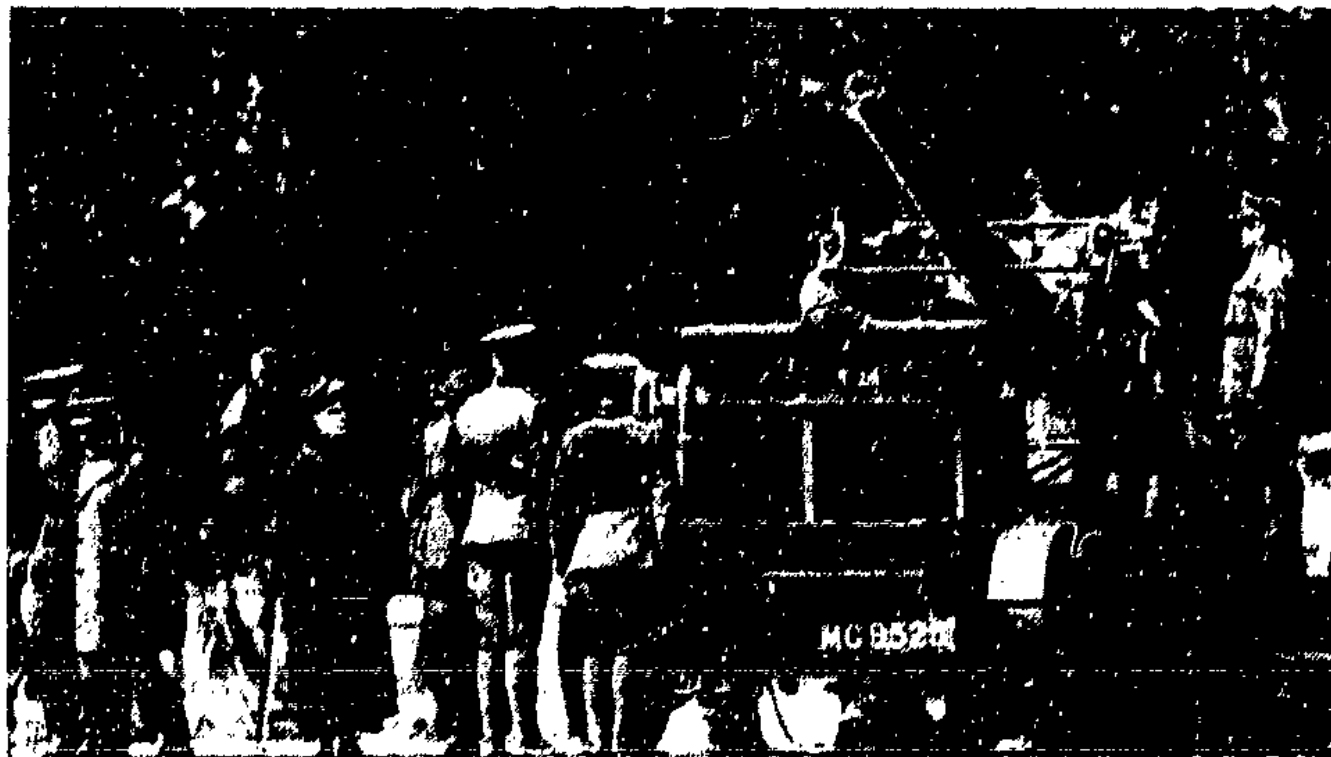
In Deutschland hat die Internationale Hilfevereinigung (IHV) im Laufe des letzten Jahres eine energische Tätigkeit für Mooney und Billings entfaltet und zahlreiche bekannte Persönlichkeiten der Kunst, Wissenschaft, Literatur und Politik veranlaßt, beim Gouverneur die Freilassung von Mooney und

Billings zu fordern. Die Vereinigung hat außerdem eine Broschüre herausgegeben, in der die Geschichte des Falles Mooney-Billings mit allen ihren ungeheuerlichen Einzelheiten enthalten ist.

Durch die neuerliche Ablehnung der Begnadigung soll die Zuchthausstrafe für Mooney und Billings um weitere Jahre verlängert werden, denn formell ist nun erst wieder nach Ablauf der Wahlperiode des jetzigen Gouverneurs beim nachfolgenden Gouverneur ein Antrag auf unbedingte Begnadigung möglich. Es wird Aufgabe der internationalen Arbeiterschaft und aller ihrer sein, die schon wiederholt ihre Stimme für Mooney und Billings erhoben haben, nicht zu ruhen, um eine Freilassung dieser beiden aufrechten Kämpfer für die Sache der Arbeiterschaft zu erzwingen.
H. Kr.

*) „Fünfzehn Jahre unschuldig im Zuchthaus“; herausgegeben von der Internationalen Hilfevereinigung (IHV), Berlin SW 68, Wilhelmstraße 155, Preis 15 Pfg.

Majestät inspiziert die Kanonen



Unser Bild zeigt die Besichtigung neuer Flugzeug-Abwehr-Geschütze durch das englische Königspaar. Solche Besichtigungen sind bis jetzt ja auch noch absolut ungefährlich. Wenn erst wieder Fliegerbomben auf die Flugs niederragen werden, dann wird man die Majestäten vergeblich in der Nähe suchen. Wie weiland Wilhelm II. werden sie dann volle Deckung nehmen. Sterben werden dann wieder die anderen, die Proleten, — wenn sie dem imperialistischen Rüstungswahnsinn nicht vorher durch die revolutionäre Tat ein Ende bereitet haben.

Wirbelsturm in Amerika

New York, 26. April 1932.

Ein schwerer Wirbelsturm, der von außerordentlich starken Wolkenbrüchen begleitet war, richtete in den Staaten Arkansas, Tennessee, Kentucky und den benachbarten Gebieten großen Schaden an. Viele Telefon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, so daß manche Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten sind. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind zehn Personen getötet worden. Die Zahl der Verletzten soll sehr hoch sein.

New York, 26. April 1932.

Wie zu der schweren Wirbelsturmkatastrophe ergänzend gemeldet wird, sind bisher in Arkansas drei, in Tennessee sieben und in Kentucky zwei Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten ist vorläufig noch nicht zu übersehen.

Folgeschwere Gasexplosion

New York, 26. April 1932.

Wie aus Detroit (Michigan) gemeldet wird, explodierte im Geschäftsviertel von Highlandpark eine Hauptgasleitung. Drei Häuser wurden zerstört und die Insassen unter den Trümmern begraben. Insgesamt wurden 35 Personen verletzt, darunter drei schwer. Ein Knabe wird noch vermißt. Der Feuerwehr gelang es nach verhältnismäßig kurzer Zeit, die Flammen zu löschen. Zwei Angestellte einer Kohलगesellschaft wurden verhaftet, da sie in dem Verdacht stehen, beim Ausladen von Kohlen in dem Keller eines Hauses die Gasleitung beschädigt zu haben.

Der letzte Kriegsgefangene heimgekehrt

Berlin, 26. April 1932.

Einer Mitteilung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener zufolge ist der von den Franzosen in Cayenne zurückgehaltene deutsche Kriegsteilnehmer Alfons Paul Schwarz am 24. April nach 13jähriger Gefangenschaft in Deutschland angekommen. Schwarz, der im Jahre 1921 durch das Kriegsgericht in Chalons zu lebenslänglicher Verbannung nach der Teufelsinsel verurteilt worden war, weil er als in Frankreich geborener Elsässer den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht hatte, wurde am 9. März dieses Jahres durch den Präsidenten der französischen Republik begnadigt. Er traf am 2. April in Paramaribo (Holländisch-Guyana) ein, wo sich das deutsche Konsulat seiner annahm und für seine am 7. April erfolgte Verschiffung nach Europa Sorge trug. — Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener weist erneut darauf hin, daß alle im Zusammenhang mit dem Fall Schwarz auftauchenden Gerüchte von einer weiteren Zurückhaltung von Kriegsgefangenen in den französischen Strafkolonien jeglicher Grundlage entbehren.

Vom Motorrad skaliert

Eberswalde, 26. April 1932.

Am Sonntagmittag geriet der in Oderberg wohnhafte Arbeiter Ernst Bach mit seinem Motorrad beim Versuch, einen vor-schriftswidrig fahrenden Radfahrer zu überholen, auf den sandigen Fußgängersteig und stürzte. Er zog sich eine leichte Wunde am

Kopf und innere Verletzungen zu. Der auf dem Sozius mitfahrende Arbeitslose Siefert wurde mit voller Wucht auf das Pflaster geschleudert, so daß ihm außer inneren Verletzungen die Kopfhaut von der linken Seite fast abgetrennt wurde.

Selbstmord am Totenbett des Ehemannes

Paris, 26. April 1932.

In Krankenhaus von Mühlhausen im Elsaß spielte sich am Montagmorgens eine bedauernde Tragödie ab. Der Stadtrat und zweite Bürgermeister von Mühlhausen, Stehlin, war am Sonntagabend nach einer schweren Nierenoperation gestorben. Am Montag besuchte Frau Stehlin das Krankenhaus und schoß sich aus Gram über den Tod ihres Mannes am Totenbett eine Kugel ins Herz.

Englisches Lichtspieltheater durch Großfeuer zerstört

London, 26. April 1932.

Durch ein ungeheures Feuer wurde am Montagabend eines der neuesten und schönsten Lichtspieltheater von Manchester, das „Capitol“, vollständig vernichtet. Es stehen nur noch die vier Mauern und die Eingangstore. Der Schaden beträgt etwa eine Million Mark.

Fette Beute

London, 26. April 1932.

In Portsmouth wurde am Montag am helllichten Tage in einer der belebtesten Hauptstraßen der Stadt ein unglaublich frecher Raubüberfall ausgeführt. Die Räuber überholten in einem offenen Kraftwagen einen Bankbeamten, der in einer Mappe 23 000 Pfund (etwa 345 000 Mark) bei sich trug, und rissen ihm die Mappe im Vorüberfahren aus der Hand. Der den Bankbeamten begleitende Türhüter des Bankhauses sprang auf den fahrenden Wagen, wurde jedoch von den Räubern mit einem Schraubenschlüssel niedergeschlagen. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den Räubern auf die Spur zu kommen.

Internationaler Geologenkongreß in Leningrad

Moskau (über Kowno), 26. April 1932.

Einer sowjetamtlichen Mitteilung zufolge wird der zweite internationale Geologenkongreß im September dieses Jahres in Leningrad abgehalten werden. Führende Geologen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, Belgien, England, Dänemark usw. haben ihre Beteiligung zugesagt.

Tödlicher Betriebsunfall

Ein folgenschwerer Betriebsunfall, der ein Todesopfer forderte, ereignete sich in den Berliner Baustoffwerken in der Friedrichstraße 14. Der 56jährige Werkmeister Paul Albrecht war mit dem Ausladen von Brettern aus einer Lore beschäftigt. Er kam dabei zu Fall und stürzte so unglücklich auf den Zementfußboden, daß er mit einem Schädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte, liegen blieb.

Nur Einer!

Von Willy Feibüch

Jan ist der Letzte. Wie ein gefangenes Insekt im Spinnennetz hängt er in der Kranbahn der Eisenbahn.

Noch 26 Schrauben. Dann kann er diesen verdammten Hexenkessel verlassen. Er ist müde. Totmüde. Erst eine Tagelohnarbeit unten. Und dann eine feiner Galoppereputation, die auf einmal da sind und die sofort ausgeführt werden müssen. Mühsen! Sonst steckt der ganze Betrieb.

Die Nacht gibt nicht Stunden Zeit, um die bei einer Karaballage verbogenen, zerbrochenen und gebohrten Konstruktionsteile auszubauen und durch neue zu ersetzen.

Es ist halbacht.

Noch 26 Schrauben und 30 Minuten Zeit. Um sechs erwacht die schlafende Hölle. Dann schweben im Gehänge des Krans die riesigen Kübel mit dem flüssigen, gelblichweißen Eisen unten vorbei. Dann folgt durch Stromschienen und nackte Drähte lautes der Starkstrom. Dann faucht das Ueberdruckventil der Dampfleitung alles Lebende mit verbühendem Zischen an. Und von unten gähnt die Tiefe.

Jan hastet. Die Zeit drängt. Den Stahlhorn ins Loch. Wuchtige Hammerschläge. Raus den Dorn. Rein den Schraubenbolzen. Mutter drauf. Den Schraubenschlüssel. Drei, vier Umdrehungen. Die Mutter pfeift. Fertig. Die nächste. Ab und zu paßt ein Loch. Dann freut sich Jan. Schraube auf Schraube zieht er ein. Er zählt mechanisch mit. Noch 22, noch 17, noch 10.

Noch 5. Nur 5.

Da flammt eine Bogenlampe auf und beleuchtet ein Schild: „Kommt ausgeruht zur Arbeit, so seid ihr unfallsicher!“

Nette Sache, denkt Jan. 23 Stunden ist er schon hier. Der Betrieb geht vor.

Jan treibt den Dorn in eins der beiden letzten Löcher. Ob der Alte im Pfortnerhaus gemeldet hatte: „Fertig bis auf ein paar Schrauben. Der Mann wird um fünf Uhr unten sein!“ Jedenfalls. Aber es ist jetzt kurz vor sechs. Gleich, gleich ist er fertig.

Mit leichten Seltenschlägen lockert er den Dorn aus dem letzten Loch und zieht ihn heraus. Teufel, das Loch paßt immer noch nicht. Nochmal den Dorn rein. Weit holt er mit dem Hammer aus.

Da heulen die Sirenen auf. Sechs Uhr. Der Schreck lähmt seine Hände. Schon sechs Uhr. Der ausgestreckte Hammer sinkt auf die Stromschienen der Kranbahn. Blaue Funken spritzen auf. Strom!

Was nun . . . ?

Die schlafende Fabrik erwacht. Da und dort springen summend Motore an. Hier und da klirrt Eisen. Gestalten im Lederschurz laufen hin und her. Rufe werden laut. Das weiße Licht der elektrischen Birnen vermehrt sich und taucht alles in kalte Helle. Es summt und zittert in der Konstruktion. Die ersten Kräne laufen. Der Lärm wächst zur tosenden Brandung an, die jeden anderen Laut verschluckt.

Jan hängt immer noch oben. Und er muß runter, runter! Es geht um sein Leben. Runter. Aber wie? Zur nächsten Säule. Nein, das ist zu weit. Dann kann es zu spät sein. Wenn der Kran kommt . . . Nur ein Weg: Nach oben. Und schnell. Straff spannen sich Sehnen und Muskeln. Wie eine Raupe am Stamm kriecht er nach oben. Da öffnet sich das Ueber-

druckventil und faucht ihn an. Dicht preßt er sein Gesicht an den Träger. Weißer Dampf hüllt ihn ein. Plötzlich geht ein Zittern durch die Konstruktion. Wird stärker und stärker. Rollende Räder auf den Kranbahnschienen. Der Kran kommt. Nach unten, nach unten, sonst reißt er ihn in die Tiefe. Rasch gleitet er wieder auf den Untergurt. Warten . . . Bis der Kran vorbei ist . . . Hoffentlich hängt kein voller Kübel im Gehänge. Denn dann ist es um. Wenn die Katze ganz am Ende des Krans steht, muß der volle Kübel dicht unter ihm fort. Und dann muß er fallen. Sengende Hitze wird nach ihm greifen, Gas in seine Lungen kriechen; seine Hände werden sich langsam lösen und hintenüber sinkend muß sein Körper in das schillernde Farbenspiel des brodelnden Eisens klatschen. Dann zuckt eine blaue Flamme auf, züngelt hin und her und sinkt verflüchtend in sich zusammen. Vorbei . . . Nein, nicht vorbei. Das Eisen fließt in Kokillen, schiebt sich durch die Walzen, läuft durch die ganze Fabrik, wird zur Maschine, zur Brücke, zum Schachtgerüst, zur Werkstatt. Und aus dem Surren und Pfeifen der Maschinen, aus dem Knirschen und Zittern der Brücken, aus dem Summen und Beben der Schachtgerüste, aus dem Dröhnen und Klirren der Werkstatthalen wird sein Leben nach Leben rufen.

Verrückt, verrückt, das ist ja Wahnsinn. Ist das schon der Anfang vom Ende? In jeder, wilder Angst schreit er gellend auf. Hoffnungslos verhallt der Schrei.

Durch den milchweißen Nebel leuchtet ein dunkelroter Fleck, kommt näher, wird greller, größer. Der volle Kübel. Drei Meter unter ihm muß er vorbei.

Ueber ihm das Ueberdruckventil und tausende Volt und der Kran. Unter ihm die Tiefe. Und nur drei Meter unter ihm kochende Glut.

Die ersten Giftschwaden lecken ihn an. Unerträgliche Hitze steigt am Körper hinauf. Eine irre Angst jagt seinen Verstand über die Grenze.

Wo ein Wille, da auch ein Weg. Durch das

Eisen den Trägern, durch die Mauer brechen. Hinter der Mauer ist Mutters Stube. Du, Mutter, ich schwitze. Leg' keine Kohle mehr nach. Der Ofen glüht. Wie in der Hölle . . .

Mit verkrampften Händen hängt Jan am Träger. Da springt hell summend ein Motor an. Der Kübel schwingt weit ab. Einige Spritzer gehen über den Rand und zersprühen aufschlagend in tausend Sternchen.

Im letzten Augenblick sah der Kranführer den Mann in der Konstruktion. Bremsen auf den Lauf. Alle Kontakte auf die Krankatze. Wieder die Bremsen. Der Kran steht. Der Führer beugt sich aus dem Starenkasten und schreit Jan zu:

„He! Du willst wohl gern in den Kübel kippen, was? Unreiner hat es dann wieder gemocht. Verschwinde, du doofer Hund, oder ich schneiß dir 'n Hammer an 'n Schädel!“

Jan versteht nicht. Langsam lockern sich seine verkrampften Hände. Wie ein Schlafwandler klettert er zur nächsten Säule. Seine Fäuste greifen sicher zu und seine Füße stemmen sich fest auf die Nietenköpfe der Säule. Endlich steht er unten. Einige Arbeiter sagen was zu ihm. Jan nickt nur und geht.

Beim Entziehen und Waschen quält ihn etwas. Er sucht einen verlorenen Gedanken. Wie war's denn? Nein. Was war denn? Mutters Stube . . . Die Mutter . . . Weiter kommt er nicht. Da bricht es ab. Er sucht und sucht nach dem verlorenen Faden. Vergeblich, er findet ihn nicht.

Als er das Pfortnerhaus passiert, mustert ihn der Portier mißtrauisch und fragt lauernd: „Wohl verschlafen, was?“

Jan sieht verwirrt in das gesunde rote Gesicht. Es erinnert ihn an etwas Grauenhaftes. Das rote Gesicht, ein roter Fleck, eine glühende Hitze.

„Antworten Sie und starren Sie mich nicht so blöde an. Ich muß Sie melden.“

Jan begreift nicht. Hilflos schüttelt er den Kopf und geht. Und wieder sucht er den vergessenen Gedanken. Der rote Fleck, die glühende Hitze, Mutters Stube, heiß wie in der Hölle . . . Da strömt alles in sein Gedächtnis. Er weiß! Minutenlang rührt er sich nicht und stiert mit schreckerfüllten Augen vor sich hin. Dann atmet er tief auf und murmelt: „Die Hölle muß ein Paradies sein.“

Und der Film - - ?

Tausende Proleten gehen täglich in irgend-ein Kino. Sie sehen dort, was der Filmkapitalismus auf der Leinwand zeigt.

Es ist schauerhaft. Menschen des 20. Jahrhunderts, in einer Zeit technischer Raffinesse und hochentwickelter Kultur, bekommen zusammengelimte Historien, romantische, kitschige Sensationsfilme zu sehen und leider — auch zu hören.

Sentimentale, banale Liebesgeschichten aus der sogenannten „besseren“ Gesellschaft der Grafen, Barone und Prinzen. Schwarzweiß-Malereien aus der „banknotenspendenden“ Klasse des Mammons. Detektivromane mit Waggonladungen von Revolvern, Totschlagern und Dolchen. Mit allen möglichen und unmöglichen Abenteuern und Artistereien. Militärfilme aus der Zeit des Kasernenhofes in ihrer ganzen Kulturwidrigkeit. Uniformen, Fräcke, Seide, Samt und Edelsteine: Das ist das Repertoire des heutigen Films. Des stummen

wie des tönenden Films. Man zeigt Bilder einer versinkenden Welt und in dem Monolog in spitzen Wendungen Sentenzen, geeignet, der absterbenden bürgerlichen Kultur den Lebensabend herbstlich schön zu gestalten.

Realität ist im Film Utopie. Utopie und Romantik dagegen wird zur Wirklichkeit. Denn so nimmt es die Masse des Publikums. Und so will es auch eine allmächtige Filmoligarchie. Leider auch eine „republikanische“ Filmzensur. Diese Oligarchie kämpft gegen den „Kultur-bolschewismus“. Die Kultur des heutigen Films aber ist nicht nur kulturelle Zersetzung und geistige Verhöhnung, sondern ins Extrem gesteigerte Kultur-anarchie.

Freilich, die nackte, brutale Wirklichkeit im Film würde dem Publikum tiefste Erkenntnis der sozialen, gesellschaftlichen Zustände vermitteln. Und diese Erkenntnis würde zu Konsequenzen führen, die der sterbenden kapitalistisch-bürgerlichen Kultur gefährlich werden

kommen, aber sie alle kennen Sie zu lange. Sie sagen: ein guter Genosse, wie schade. Nun und — konnten nicht gehen. Ich kenne Sie kaum, nun sollte ich den Beschluß Ihnen mitteilen. Das ist eine schwere Aufgabe, Genosse Sudin. Denken Sie nur nicht, daß wir es aus Haß oder Rache tun: es gibt keinen anderen Ausweg!“ und jetzt erst richtete er seine tiefeingefallenen, zerquälten Augen auf Sudin.

„Was Schustry da gequatscht hat, das hat uns alle nur angewidert. Aber er ist ein guter Kerl, ein ehrlicher, überzeugter und aufrichtiger Genosse, vielleicht etwas beschränkt, aber es können ja nicht alle an die Sterne greifen. Natürlich sind wir mit ihm nicht einverstanden.“

„Und ich dachte . . .“ sagte Sudin nervös. „Nein, wir haben einfach geurteilt, wie du. Dich trifft keine Schuld. Und andererseits haben wir keinen anderen Ausweg. Man muß etwas Schreckliches, Grausames tun, man muß es, denn sonst ist unsere Sache bedroht. Verstehst du: nicht wir, sondern unsere Sache! Der Teufel hat dich getrieben, mit dieser Weibsperson Mitleid zu haben. Wir haben genug von diesen jämmerlichen Lumpen als Erbe übernommen. Du bist doch ein alter Revolutionär! Du solltest nur die Hauptsache im Auge behalten und an allem anderem: vorüber! vorüber! Aber es versteht sich von selbst, daß wir dich nicht verurteilen. Wenn man sich selbst betrachtet, sind alle so, mit ganz wenigen Ausnahmen. Haben wir denn nicht selbst unsere eigenen Frauen, unsere eigenen Kinder? Es geschieht, Bruder, manchmal noch Schlimmeres. Wenn man den Berg betrachtet, den wir so kühn besteigen wollen, wird man sich selber mitunter widerlich, es sitzt zu viel Schlamm auf uns. Das alles wäre natürlich unwichtig, wenn wir allein unter uns wären. Wir sind, wie wir sind. Man kann ein schwarzes Pferd nicht weiß machen. Aber

wir sind ja die Führer! Manchmal bei einem Meeting steht man auf einem Platz und beobachtet: Köpfe, Köpfe, Köpfe, ein ganzes Meer. Und du weißt: die Revolution, die Veränderung der Welt auf neuen Grundlagen, machen sie, diese Köpfe, und nicht wir. Das, Genosse, ist nur Selbstbetrug, Illusion, daß wir durch diese Köpfe unseren Willen durchsetzen. Das können nur Esel glauben. Wir machen nichts anderes und können nichts anderes machen, was nicht mit den einfachsten und schmutzigsten Interessen dieser Köpfe zusammenfällt. Die erhabenste Idee muß begründet und verbunden sein mit den geringen und engen Interessen der Massen.

Kinder, wollt ihr frische Semmeln? Solche wie diese! und du schmeißt ihnen ein Muster hin. Dann erst brüllen sie vor Begeisterung, und Schaum bedeckt ihre Lippen.

Ich will euch sagen, wie ihr diese Semmeln haben könnt. Folgt mir! Zerschlagt das! Nehmt dies! — und es fallen eiserne Betonmauern, es krachen eiserne Balken wie faules Holz; und das machen sie, die Massen, die zwar nichts wissen, aber glauben, daß sie die gewünschten Semmeln erreichen werden.

Und nun sind die Mauern gefallen. — aber es gibt keine Semmeln. Und es überschütten dich mißtrauische Blicke aus müden Augen. Betrügst du sie? Glaubst du nicht selbst, daß dieses der Weg zu den Semmeln ist? Und du siehst ihnen offen und ehrlich direkt in die Augen, weil du weißt, daß du recht hast, daß du sie nicht betrügst. Du bleibst dem Interesse der breitesten Masse treu. Dieses beruhigt sie.

Genossen, seid nicht ungeduldig! Ihr habt nur die erste Stufe beschränkt! Wappnet euch mit Ausdauer und Haß gegen den Feind, um in einem neuen Anprall weiter zu gehen. Seht ihr denn nicht, daß ihr euch den Semmeln nähert?!

Wir sehen, wir sehen, gewiß — schreien

könnten. Daher die Romantik, der Glanz und die Utopie.

Der Film ist Ergebnis der technisch-kulturellen Entwicklung. Sein tiefer Sinn kann und darf nur sein: Wegbereiter neuer Kultur. Kann nur im Dienst realer Kultur-entwicklung stehen, die in den sozialen gesellschaftlichen Verhältnissen ihren Ausdruck findet.

Groteske Vorstellung! Menschen, die nicht wissen, wie sie satt essen, denen ein Kinobillet einzige Flucht aus dem grauen Alltag ist, die in ihrer Not Wohnungseinrichtungen verpfänden und versetzen müssen, die in Löchern hängen auf strohgefüllten Betten, die nur noch geflickte Kleider und Schuhe tragen dürfen, sehen den Prunk, die Uppigkeit der Tafelfreuden, die prachtvollen, weichen Möbel, den Glanz modernster Kostüme. Sie sehen, wie ein armes Mädchen einen reichen Mann findet; mit Luxuslimousine, verachtet sich. Ein Zeitungsjunge wird durch Zufall — wer denkt nicht an die „zufälligen“, unbegrenzten Möglichkeiten der ehemals prosperierenden USA? — in Brot, Ehren, Würden und in all den Luxus kapitalistischer Eleganz kommt. Sie sehen . . .

Sie empfinden nicht alle diese Verlogenheiten: dieses Einhängens herablicher und metaphysischer Ideologie. Sie sind befangen in dem „Theater“ und empfinden dies als Theater, als Ablenkung vom Alltag und einziger Teilnahme an der „Kultur“. Das Bewußtsein fehlt, daß Theater künstlerisch gestaltete Ausschnitte des sozialen Lebens vermittelt — zumindest vermitteln soll. Die Tatsache aber, daß der heutige Film nur Ausschnitte aus dem Milieu der oberen Klassen zeigt — und wie man das zeigt — beweist den Klassencharakter im Dienste der herrschenden Kapitalistenklasse. Man vernimmt das urlebendige Sorgen, Leiden und Schaffen der Arbeiterklasse und deren Organisationen.

Das wird nur von wenigen, überzeugten Proletariern sehr schmerzlich empfunden. Die in letzter Zeit wie Pilze nach frischem Regen auftauchenden Militärfilme verraten nicht nur die Tendenz der Erhaltung vorkriegszeitlicher Ideologie und einseitigen Klassencharakter, sondern auch eine von gewissen Regierungskreisen geförderte Propaganda für die Aufrüstung.

All das sind Signale für die Arbeiterklasse, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auf dem Posten zu sein. Darüber hinaus aber müßte zu prüfen sein, ob nicht allzu reaktionäre Filme boykottiert werden könnten. Illusionen, daß der Filmkapitalismus sozialistische Filme erzeugen könnte, dürfen in der Arbeiterklasse nicht die Geister einlullen. Wilfeld.



Was Amerika am Rundfunk verdient

Der Bericht der National Broadcasting Company für das verflossene Jahr weist trotz der angespannten Wirtschaftslage starke Mehreinnahmen auf. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 29 Millionen Dollar gegenüber 22 Millionen Dollar im Jahre 1930. Die Zahl der Kunden, die Reklameprogramme senden, hat sich auf 231 erhöht. 261 Angestellte wurden neu eingestellt. Das Anwachsen der Hörerzahl geht aus der steigenden Anzahl der Briefeingänge hervor. Insgesamt liefen rund fünf Millionen Briefe ein gegenüber zwei Millionen im Jahre 1930.



Nach dem russischen Original angeköchelt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm. Copyright by Frasa Plamiert, Berlin-Wilmersdorf.

34. Fortsetzung.

VIII.

Eine lange, schwere Kette zieht Sudin am Arm, und er hat keine Kraft mehr, Widerstand zu leisten. Er stöhnt, wendet sich und öffnet die Augen. Der graue Morgen scheint mit nüchterner Berechnung ins Zimmer, am Bett steht der bärtige Tkatschew. Sudin springt auf. Es ist ihm auf einmal so warm, fast heiß, das Herz klopft an die Wände der Brust wie ein Maschinengewehr.

„Ich habe Sie aufgeweckt, Genosse!“ Seine Worte klingen weich und freundlich. Sudins Haut brennt vor Erregung, und er wird ganz mit Schweiß bedeckt.

„Aber ich konnte nicht warten. Ich muß eilen und bin beauftragt, Ihnen unseren Beschluß mitzuteilen.“

Er setzt sich neben Sudin auf die harte stachelige Matratze.

Sudin sucht gierig den Blick seiner gesenkten Augen.

„Ja! Erschießen,“ antwortet er weich und traurig auf die stumme Frage Sudins und erhebt den Blick nicht.

„Das habe ich gewußt,“ flüstert Sudin und nimmt die Hand Tkatschewjens, „ich habe es gewußt.“

Tkatschew seufzt. „Man wollte Schtscheglow zu Ihnen schicken, sogar Stepan wollte zu Ihnen

sie begeistert, obwohl sie nichts sehen und noch nichts sehen können, sie glauben nur aufrichtig, daß sie es sehen.

Du führst sie, und sie lieben dich blind, vergöttern dich. Du bist ihr Held, ihr Gott, ihr Diktator, ein guter Magier, kurz alles. Mit ihnen zusammen überwindst du die Hindernisse, die den Weg sperren. Und diese Masse ist froh, einer wie alle, das Leben für dich zu lassen. Wegen der Semmel? Sie denkt an sie meistens gar nicht mehr. Sie sind hingerissen von dem herrlichen Zauber des Kampfes. Aber glaube nur nicht, daß du sie allein aus dieser Begeisterung heraus weiterführen kannst. Der Leuchtturm dieser Semmeln, wegen der sie sich erhoben hat, muß dauernd leuchten, immer greller, immer fühlbarer, näher. Nur dann ist der Erfolg des Kampfes für eine bessere Weltordnung gesichert. Nur dann ist die Masse bereit für dich, für deine Idee ihr Leben zu lassen, für eine Idee, die sie vielleicht nicht kennt und auch nicht versteht, die sie aber durch ihr ganzes Unterbewußtsein empfindet. Sie fühlt es in dir, in deinem Herzen, aus deiner ganzen Gestalt, aus deiner ehrlichen, offenen Liebe zu dieser leidenden Masse, aus deiner Liebe, aus der du jede Sekunde bereit bist, für sie, die Zerquälten, zu sterben. Dann wirst du der Puls, das Herz, das Gehirn dieser heiligen großen Menge. Und dann kannst du durch sie die märchenhaften Wunder vollbringen, Wunder, die die Welt noch niemals gesehen hat, Wunder, vor deren Anblick der Himmel in Erstarrung den Mund aufreißt wird. Nur schau zu, daß du selbst dabei keinen Fehler begehst! Bedenke, überlege dir alles, prüfe jeden Schritt, sowohl einer persönlichen wie einer allgemeinen Handlung. Denke stets an den Kern der Sache, um nicht später einmal vor einem neuen Hindernis verwirrt stehen zu bleiben, sondern daß du stets in der Lage bleibst, lächelnd: WEITER zu rufen.

A 1 Hamborn

Das Gesicht der Demokratie. Ein empörender Vorfall ereignete sich kurz vor den Wahlen nach einer Wahlkundgebung der KPD. Als der Referent im Schlusssatz sagte: Selbst der Polizeileutnant könne seine Vorschriften nicht (er war in eine Schar Kinder hineingefahren), wurde ihm das Wort entzogen. Man schleifte ihn über den Bergmannsplatz und warf ihn in den Wagen des Leberfallkommunales. Die Demonstranten traktierte man mit dem Gummiknüppel und der Schußwaffe. Ergebnis: drei Verwundete!

Hannover

Das Ergebnis der Landtagswahlen zeigt in Hannover dasselbe Bild wie in ganz Preußen: ein starker Rückgang der SPD-Stimmen und eine noch stärkere Zunahme der NSDAP. Es zeigt sich aber auch, daß die sozialistische Arbeiterpartei fast in allen Wahlbezirken Stimmen erhalten hat; nur in ganz wenigen Bezirken sind in den drei hannoverschen Wahlkreisen 14, 15 und 16 keine Stimmen für unsere Partei abgegeben worden. Teilweise sind es aber mehr als für die alten Mittelparteien. Daß wir kein Mandat erwerben konnten, war bei der Jugend der Partei wohl von Anfang an klar. Hatten wir doch keine großen Geldgeber, wie die alten Parteien, welche die Wahlzettel aufbrachten. Alle Kosten sind aus den Taschen der Mitglieder, teilweise der arbeitslosen Mitglieder, gekommen. Bei der Arbeitsfreudigkeit unserer Mitglieder können wir aber die Zuversicht haben, daß der jetzt ausgestreute Samen Frucht bringen wird und daß durch unsere Aufklärung die Masse sich zu uns bekennen wird, besonders wenn die SPD sich nicht von ihrer Tolerierungspolitik abwendet, wozu keine Aussicht ist. Hier in Hannover kommt wohl auch ein Teil der Schuld an der Abnahme der SPD-Stimmen auf die taktisch ungeschickte Politik der Rathausfraktion. Diese hat bei den letzten Bürgerschaftswahlen die Mehrheit erlangt und glaubte nun, die Macht zu haben, dem Oberbürgermeister diese Macht fühlen zu lassen, was aber mißlingt; er läßt die SPD-Bürgervorsteherfraktion links liegen und verwaltet wie seine großen Vorbilder im Reich und in Preußen mit dem Paragraphen 48. Anstatt seinerzeit den Oberbürgermeister an den Verhandlungstisch zu zwingen, um bei einer Weigerung des Oberbürgermeisters den großen Trumpf dieser Weigerung ausspielen zu können, wurden unsinnige Anträge gestellt, die zu keinem Ergebnis führten und die der Oberbürgermeister lächelnd abschüttelte. Der „Volkswille“ hat es bisher stets fertig gebracht, die verschiedenen Niederlagen der SPD in Siege zu verwandeln. Jetzt muß er wenigstens zugeben, daß die Partei Verluste erlitten hat. Aber statt sich zu fragen, woher das kommt, und zu untersuchen, ob nicht die verkehrte Politik der Partei daran schuld ist, wird die Schuld auf die „Verleumdungen, welche sich von allen Seiten über die SPD ergossen hätten, geschoben. Gegenüber der Landtagswahl von 1928 ist die Stimmzahl der SPD von 128 590 oder 51,3 Proz. auf 106 581 oder 35,4 Proz. zurückgegangen. Bei der Landtagswahl 1928 konnte der „Volkswille“ schreiben: „Hannover ist rot!“ Jetzt ist es das nicht mehr. Die Kommunisten konnten ihre Stimmen in der Stadt Hannover gegenüber der letzten Landtagswahl um über die Hälfte vermehren, von 14 187 Stimmen oder 5,7 Proz. auf 21 402 oder 7,3 Proz. Die NSAPD hat die Stimmen fast verdoppelt gegenüber den Reichstagswahlen von 1930; sie stiegen von 20,7 Proz. auf 40,2 Proz. Wie stark die „Eiserne Front“ ist — oder vielmehr war —, zeigt ein von der hier ausgefallenen Staatspartei herausgegebenes Flugblatt für die Beamten mit folgender Äußerung des Spitzenkandidaten, Postamtman Barteld: „Der Verantwortung dafür, daß wir zu Notverordnungen gekommen sind, tragen die Parteien, die aus Mangel an Verantwortungsgefühl eine Mehrheitsbildung im Reichstage unmöglich gemacht haben. Das sind: Sozialdemokraten...“ Der Mohr (die „Eiserne Front“) hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen! Aber noch etwas anderes hat die Wahl mit aller Deutlichkeit in Hannover gezeigt: daß gerade die Beamten einen großen Teil der Wähler für die NSDAP gestellt haben. In Waldheim, einem Stadtteil, der nur aus Häusern des Beamtenwohnungsvereins besteht, sind 259 Stimmen für die NSDAP abgegeben worden, für alle anderen Parteien 262, davon für die SPD 78. Fast dasselbe Verhältnis zeigt sich im Stadtteil List, wo ebenfalls viele Beamte wohnen. Hier wurden in sieben Wahlbezirken 5493 NSDAP-Stimmen gezählt, die SPD erhielt nur 1998. Ein Zeichen, daß sich die Beamten schon auf das „Dritte Reich“ eingerichtet haben. Aber auch ein Zeichen, wie das Wort Severings von der Zuverlässigkeit und republikanischen Einstellung der Beamten einzuschätzen ist.

Hannover

Für den revolutionären Kurs der Partei. Die Ortsgruppe Hannover der SAP hat folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliederversammlung der SAP Hannover begrüßt die auf dem Parteitag beschlossene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm. Sie sieht in diesen beiden Beschlüssen einen entscheidenden Schritt vorwärts zum Kommunismus. Die Versammlung mißbilligt die ultimative Erklärung der Genossin Siemsen aufs schärfste und verlangt, daß die Diskussion über das kommende Parteiprogramm allein auf der Grundlage der beschlossenen Prinzipienklärung zugelassen wird.“

Arnstadt

Nichts vergessen und nichts gelernt. Seit Wochen wird der Arbeiterschaft durch die sozialdemokratische „Volkszeitung“ gesagt, daß die eiserne Front den Faschismus am

Naturfreunde-Jugend gegen Arbeitsdienst

Die SAZ vom Sonntag, den 17. April 1932, bringt einen Artikel mit der Überschrift „Schipp, schipp, hurra!“ SAJ, KJV, FGL und NFJ haben keine Interesse am gemeinsamen Kampf gegen den Arbeitsdienst.

Diesem Artikel muß aus verschiedenen Gründen erwidert werden. Es ist verkehrt, die Stellungnahme der einzelnen Gruppen in den Landesteilen bezüglich des „Arbeitsdienstes — freiwilliger Arbeitsdienst“, auf die gesamte Naturfreundebewegung auszudehnen. Tatsache ist, daß die Zentrale (Sitz Nürnberg) den „freiwilligen Arbeitsdienst“ bejaht und ihn allen Gruppen empfiehlt. Es sollen mit der zur Verfügung gestellten Mitteln Naturfreundehäuser ausgebaut werden. Die Reichleitung des TV „Die Naturfreunde“ hat kompromittiert in ihrem Zentralorgan „Der Wanderer“, Februar 1932, einen Beschluß der Zentralkommission wiedergegeben:

„Der freiwillige Arbeitsdienst soll in Fällen, wo unsere Verbände Träger des Dienstes und der Arbeit sein können, in Anspruch genommen werden. In der Hauptsache sollen auf diesem Wege neue Erholungsstätten errichtet oder vorhandene ausgebaut werden. Der Eintritt in Arbeitskolonnen fremder Organisationen kann nicht empfohlen werden.“

Hinter diesen Beschluß hat sich die Zentrale gestellt, in diesem Sinne fördert und empfiehlt sie ihn.

Bevor diese Meinung der Zentrale bekannt wurde, hat die Gaujugendleitung (GJL) des Gau Mittelrhein-Main, in ihrem Führerblatt Januar-Februar 1932, in einem Artikel „Unser Kampf gegen den Arbeitsdienst“, Stellung genommen. Diese Blätter gingen an alle Gaujugendleitungen Deutschlands, sowie an die Reichsjugendleitung. Scharf und konsequent, lehnt die GJL, hinter der die gesamte Jugend und die Funktionäre stehen, den Arbeitsdienst ab und bekämpft aufs schärfste jede Maßnahme, die als Vorbereitung zur Arbeitsdienstpflicht aufzufassen ist (Freiwilliger A. D., Umschulungskurse usw.). Innerhalb des Gaugebietes ist es eine Ortsgruppe, die auf diesem Wege ihr Haus ausbauen wird. (Ortsgruppe Frankfurt a. M., Haus Oberreifenberg/Taunus.) Auch hiergegen hat sich die GJL sofort gewandt und einen Beschluß im Gauvorstand durchgedrückt, der das Vorgehen der Ortsgruppe sowie den Arbeitsdienst verurteilt.

Der Standpunkt der Zentrale, die den „freiwilligen A. D.“ bejaht, ist zu verstehen. Darüber hinaus erwacht für die Jugend eine weit größere Aufgabe: Abwehr und schärfsten Kampf dem folgenden Zwangsdiens. Die Jugend war sich sofort über die Rolle des „freiwilligen A. D.“ als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht klar und hat ihre Konsequenzen gezogen. Durch denselben freiwilligen A. D. soll die Rentabilität des Arbeitsdienstes überhaupt nachgewiesen werden, da diese sehr in Frage gestellt ist und in der Praxis teilweise schon viel Fiasco erlitten hat. Je größer solche Pleiten sind und werden, um so besser die Abwehrmöglichkeiten gegen den Zwangsdiens. Die Naturfreunde-Jugend ist daher im Interesse der gesamten werktätigen Jugend verpflichtet, diese Tatsachen festzulegen und aufzudecken, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß nicht wir es sein dürfen und können, diese Pleite in das positive Gegenteil umzuwandeln. Wir werden unter keinen Umständen den Widerstand aufgeben oder auch nur ein Zugeständnis machen.

13. März und 10. April entscheidend geschlagen habe. Am 24. April sollte derselbe Faschismus zum dritten Male geschlagen werden. Leider ist es anders gekommen, wie diese Scharlatane glaubten der Arbeiterschaft einreden zu können. Der Faschismus hat der Arbeiterschaft eine schwere Niederlage beigebracht, für diese Niederlage tragen SPD und KPD die volle Verantwortung. Alle Optimisten, welche nun geglaubt haben, die SPD würde die Lehre aus der Niederlage vom 24. April ziehen, wurden schon durch die erste Nummer der Volkszeitung anders belehrt. Zunächst wird die Arbeiterschaft frech angeschwändelt. In Balkenüberschrift heißt es wörtlich: „Achtung! Achtung! Die niedrige Mandatsziffer der Sozialdemokratie bei der Präsidentschaftswahl erklärt sich aus der Herabsetzung der Stimmzahl für einen Abgeordneten von 40 000 auf 50 000.“ Dann wird über eine Niederlage der Kommunisten orakelt, im gleichen Atemzuge werden die Kommunisten dafür verantwortlich gemacht, wenn Hitler zur Macht kommen würde. Noch vor einigen Tagen wurde uns durch den Lokal-Redakteur der Volkszeitung gesagt, sie seien durch einen Beschluß ihrer Bezirksleitung verhindert, mit den Kommunisten gemeinsam eine Demonstration gegen den Faschismus durchzuführen. Heute wird von denselben Kommunisten verlangt, die Braun-Severing-Regierung in Preußen zu tolerieren. Dieses Geschreibsel der Volkszeitung beweist, daß die SPD nicht daran denkt, die Schlußfolgerung aus ihrer Niederlage vom 24. April zu ziehen. Nicht durch den bankrotten Parlamentarismus kann der Faschismus an der Machtübernahme gehindert werden. Er kann nur aufgehoben werden, wenn die außerparlamentarischen Kräfte der Arbeiterschaft mobilisiert werden. Dazu fehlt der SPD leider die Kraft und der Mut. Sie ist der Gefangene ihrer bisherigen bürgerlichen Koalitionsbrüder. Wenn auch die Volkszeitung glaubt, sich lustig machen zu können über die SAP ob ihrer geringen Stimmzahl,

Schärfsten Kampf dem „freiwilligen A. D.“, denn er bedeutet für die gesamte proletarische Jugend Ausbeutung und Unterdrückung.

Mit dieser Meinung hat sich die Jugend im Gau Mittelrhein-Main in Widerspruch zu ihrer Reichsjugendleitung gesetzt. Die Auseinandersetzungen laufen zur Zeit noch. In ihrem Aktionsprogramm, das sich die Gaujugend im November 1931 durch einstimmigen Beschluß der Delegierten zur Jugendkonferenz gegeben hat, sind folgende Forderungen festgelegt:

„Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft in Theater, Film, Rundfunk, Literatur, der Schundliteratur, dem Schund und Schmutzgezeug, Krieg dem imperialistischen Kriege, Beseitigung der Wohnungsnot zur Gesundung der proletarischen Jugend, gesetzlichen Jugendschutz und Freizeit, gegen kapitalistische Ausbeutung (Arbeitsdienstpflicht, freiwilliger Arbeitsdienst). Für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Für die Bildung überparteilicher Klassenwehren.“

Das proletarische Jugendkartell Hessen, Hessen-Nassau, dem sich der SJV, Bezirk Hessen, Hessen-Nassau am 14. 2. 1932 angeschlossen hat, steht ebenfalls unter Führung der GJL.

Aus den angeführten Gründen, widersprechend wir der Berichterstattung. Richtig ist, einzelne Gruppen, die den „freiwilligen A. D.“ durchführen, anzuprangern. Keineswegs dürfen aber die Fehler einzelner Stellen auf die Gesamtorganisation übertragen werden. Wir kämpfen für eine Naturfreunde-Jugendarbeit, die nicht mehr Romantik und Sentimentalität in den Vordergrund stellt, sondern den proletarischen Klassenkampf zur Grundlage jeglicher Arbeit macht. Als Kultur und Wanderorganisation reihen wir uns bewußt in die Klassenfront der Arbeiterschaft ein und führen mit ihr den gemeinsamen Kampf. Erst in diesem Sinne, mit diesem Willen, hat unsere Arbeit Existenzberechtigung.

Die Gaujugend des TV „Die Naturfreunde“ Gau: Mittelrhein-Main.

Robert Wolff, Frankfurt a. M.

*

Der Verfasser des seinerzeit von uns veröffentlichten Artikels schreibt uns zu dieser Erwidlung:

In dem zu „berichtigenden“ Artikel ist nicht die Rede davon gewesen, daß die gesamte Naturfreunde-Jugend gemeinsame Aktionen gegen den Arbeitsdienst ablehnt, vielmehr waren darin nur Nürnberger Verhältnisse gekennzeichnet worden. Diese Nürnberger Vorkommnisse bekommen allerdings — und das scheint bei den Frankfurter Genossen eine Rolle mitzuspielen — besondere Bedeutung dadurch, daß Nürnberg Sitz der Reichsjugendleitung der NFJ ist. Es hat auch die Nürnberger NFJ unter Führung ihres Reichsleiters schon freiwilligen Arbeitsdienst in Form einer Bachregulierung in der Nähe einer Jugendherberge bei einer wöchentlichen Bezahlung von zwei Mark durchgeführt.

Es wird Aufgabe der Naturfreunde-Jugend überhaupt sein, die Beschlüsse ihrer Instanzen zu prüfen und zu ihnen Stellung zu nehmen. Es kann für die proletarische Jugend nur eine Ablehnung aller Formen und Schattierungen des Arbeitsdienstes geben!

so werden und müssen wir unsere historische Aufgabe im Interesse der Arbeiterschaft erfüllen. Die SAP wird alles versuchen, um der Arbeiterschaft den Glauben an ihre eigene Kraft wieder zu geben. Schwer wird es sein, mit unseren bisherigen schwachen Kräften diese Aufgabe zu erfüllen, trotzdem wird und muß sie von uns erfüllt werden. Deshalb, Genossen, an die Arbeit, alle Kräfte angespannt, der Sieg gehört der Arbeiterklasse.

Schweinfurt

Die Neugründung einer SAP-Ortsgruppe konnte hier nach einem Referat der Genossin Gertrud Düby vorgenommen werden. Nach einem Referat in Sulzbach i. O. konnte auch dort eine Ortsgruppe gegründet werden.

Erlangen

Eine Ortsgruppe der SAP gegründet wurde in unserer nationalistisch verseuchten Universitätsstadt nach einem mitreißenden Referat des Genossen Fritz Rück.

Plauen

Die Buchdrucker fordern Streik! In einer Bezirksmitgliederversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes, an der Kollegen aus dem ganzen Vogtland teilnahmen, berichtete der Gauvorsteher Oertel-Chemnitz über den letzten Schiedsspruch, der den Buchdruckern unter anderen ganz empfindlichen Verschlechterungen vor allen Dingen die Kürzung des Lohnes für die tarifmäßigen Ferien um 30 Prozent brachte. Oertel versuchte die Dinge so darzustellen, als habe der Buchdruckerverband immerhin noch einen Erfolg errungen. In der Zeit — mit einer einzigen Ausnahme — sehr sachlichen, zum Teil aber sehr erregten Aussprache kam der Wille der Gewerkschaftsmitglieder fast einmütig zum Ausdruck, daß den rigorosen Angriffen des Unternehmertums der schärfste Widerstand

der Arbeiterklasse entgegenzusetzen werden müsse. Der Wille der Versammlung fand seinen Niederschlag in folgender mit großer Mehrheit angenommenen Entschliessung, die dem Verbandsvorstand über sandt wurde. „Die Kollegen der stark besuchten Versammlung des Bezirks Plauen im Gau Erzgebirge-Vogtland im VdBd. lehnen mit großer Entrüstung den gefallenen Schiedsspruch ab. Sie verlangen vom Verbandsvorstand die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittels, den Streik.“ Bemerkenswert ist, daß ein großer Teil der Belegschaft der Plauener sozialdemokratischen Volkszeitung sich bei der Abstimmung über die vorstehende Resolution der Stimme enthielt. Der Personalabbau geht in jenem von schlechender Krankheit ergriffenen Betriebe um und hat dem Personal ansehend das Rückgrat gebrochen. Um so erfreulicher ist aber, daß die Gewerkschaftskollegen der bürgerlichen Betriebe mit Entschlossenheit ihrer Kampfbereitschaft Ausdruck gaben und so die reformistische Theorie Lügen strafte, die da sagt, daß die Arbeiter in der Krise nicht kämpfen könnten.

Und währenddessen übt die Streikbrechergarde... Die Technische Nothilfe, die in den letzten Jahren im Verborgenen blühte, tritt immer mehr hervor. Dieser Tage hat sie gemeinsam unter rührender Teilnahme der Spitzen der Behörden gemeinsam mit Polizei, Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Sanitätskolonne eine Übung im Freien abgehalten. Angeblich sollte ein angenommener Waldbrand bekämpft werden. Dabei war notwendig das Auswerfen von Gräben, das Legen von Telefonleitungen, das Anlegen eines Gegenfeuers, das Vorschicken von Meldegängern und Schutzmaßnahmen vor „Fliegerangriffen“. Merkwürdige Aufgaben, die sich hier die Tono stellt — das Bürgertum wird wissen, gegen wen es diese Truppe braucht.

Plauener Industrie weiter am Absterben! Nach dem neuesten Bericht des Arbeitsamtes wurden in der Stadt Plauen 18 956 Arbeitslose gezählt. Besonders in der Spitzen- und Stückerindustrie hat sich die Lage ungeheuer verschärft. Zahlreiche nur vorsichtshalber eingereichte Stillelegungsanträge sind in vollem Umfange zur Durchführung gekommen.

Eibau

Ist das nicht Demagogie? Die KPD-Ortsgruppe hatte eine Einwohnerversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den hohen Strompreisen, die der Staat den Stromabnehmern abverlangt. An Stelle des Reichstagsabgeordneten Hermann-Leipzig, kam Hentschke-Herwigsdorf, bekannt als treuer Anhänger der ZK. Konkrete Vorschläge, um eine Senkung der Strompreise durchzuführen, machte er nicht, sondern forderte nur auf, in der Debatte die Meinung der Anwesenden kund zu tun. Kinzel (KPD) machte den Vorschlag, einen 11köpfigen Ausschuss zu wählen, und zwar fünf Arbeiter und sechs Gewerbetreibende. Genosse Lorenz von der SAP erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, vertrat aber weiterhin den Standpunkt, daß eine Preissenkung nur erzwungen werden kann, wenn ganze Bezirke und Amtshauptmannschaften zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt in Zahlungstreik treten, weil da die Wirkung auf die ASW viel nachhaltiger und einschneidender ist, als wenn einzelne Arbeitslose in ihrer Verzweiflungsstimmung die Zahlungen einstellen, da in solchen Fällen die Monturen der ASW die Leitungen durchschneiden müssen. Ganze Ortschaften abzuschalten oder gar an all den Häusern, wo Zahlungstreik ist, die Leitung durchzuschneiden, würde für die ASW ein großer Schaden sein. Diese Ausführungen fanden die Zustimmung des größeren Teils der Versammlungsbesucher. Es wurde hierauf ein 15köpfiger Ausschuss gewählt, der die Aufgabe hat, alle weitere Arbeit im Sinne der Preissenkung zu organisieren. Hier mußte die KPD die Katze aus dem Sack lassen. Kinzel unterbreitete — angeblich im Namen der Eibauer Erwerbslosen — einen Vorschlag von fünf Personen, die diesem Ausschuss angehören sollen. Darunter war nur ein Angehöriger der SAP, die anderen vier waren treue Anhänger der KPD. Das Interessanteste aber ist, daß der Vorsitzende der Eibauer Erwerbslosen von diesem Vorschlag nichts wußte. Die SAP konnte noch die Genossen Lorenz und Wagner in den Ausschuss delegieren. In seinem Schlußwort bezeichnete Hentschke den Vorschlag des Genossen Lorenz als Politik des kleineren Übels. Nur sofortige Zahlungseinstellung jedes einzelnen könne eine Strompreissenkung erzwingen. Dadurch erreicht aber die KPD nur, daß dem einzelnen die Leitung durchgeschnitten wird, sie hat wieder Märtyrer und kann weiterhin im Trüben fischen. Eine Strompreissenkung wird durch diese Taktik der KPD nie erreicht. Arbeiter und Gewerbetreibende, folgt nicht den Demagogen der KPD, sondern folgt dem Vorschlag der SAP. Eine große, auf weite Stromgebiete ausgedehnte Zahlungseinstellung ist für alle von Nutzen.

Dresden

Am 1. Mai wird in Dresden von SSB, SAP und SJV durch eine gemeinsame Kundgebung der Kampfwilligen der Dresdener Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden. Unter Mitwirkung des Trommler- und Pfeiferzuges des SJV, der „Nebelspalter“ und des Genossen Paul Frölich, Berlin, wird die Kundgebung im „Künstlerhaus“ durchgeführt. Karten für Erwerbslose und Jugendliche 20. Vollverdiener 40 Pf. bei allen Beitragskassierern, im Sekretariat und an der Abendkasse erhältlich.

Tatsachen aus dem Wahlkampf

von Käthe Frankenthal

Die SPD und KPD hatten zusammen bei der Wahl zum Preuß. Landtag 1928 über 40 Prozent aller Stimmen, bei der Reichstagswahl 1930 37,6 Prozent, bei der Landtagswahl 1932 knapp 34 Prozent aller Stimmen! Die NSDAP hat seit der letzten Reichstagswahl ihre Stimmzahl verdoppelt und ist allein stärker als SPD und KPD zusammen.

Die Nazis haben 4 Millionen Stimmen gewonnen, die Recht-bürgerlichen Parteien haben 3 Millionen verloren, SPD und KPD haben je 300.000 und die Staatspartei 350.000 verloren. Rein rechnerisch haben also die Nazis die Verluste sämtlicher anderen Parteien aufgekauft, wobei ihnen zum erstenmal ein Einbruch in die Front der Arbeiterparteien gelungen ist. Wenn man aber die Umgruppierung, die in der Wählerschaft stattgefunden hat, in Rechnung stellt, ist das Ergebnis noch viel schlechter. 1930 richtete sich noch der Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterparteien.

1932 haben wir es zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verzeichnen, daß die Koalition der SPD mit dem Bürgertum auch im Wahlkampf nicht gewankt hat. Die Mosaik- und Ullateinpresse brachte kein Wort gegen die Sozialdemokratie! In Wort und Bild, in Poesie und Prosa beschwor sie ihre Leser, Liste 1, 3 oder 7 zu wählen — welche davon ist egal, so haben sie ein Bißchen etwas zum Aussuchen!

Am Tage vor der Wahl brachte ein „Nanu“ unter der Überschrift „Laßt Zahlen sprechen“ folgenden poetischen Erguß im „8 Uhr-Abendblatt“:

Gehe wählen, Mensch sei weise,
Mach dein Kreuz im richt'gen Kreise.
Auf dem Zettel steht's geschrieben:
Liste 1, 3 oder 7.

Wenn du dann zum Wahllokal gehst,
Vor der Frage deiner Wahl stehst,
Wähle ruhig nach Belieben —
Zwischen 1, 3 oder 7.

Überzeugt bist du parteilich,
Doch ein Irrtum — unverzeihlich.
Du mußt dich im Zählen üben,
Zähle 1, 3 oder 7.

Die Parole muß heut heißen:
Einheitsfront für unser Preußen!
Also nochmals, meine Lieben:
Liste 1, 3 oder 7.

Nanu.

Also Einheitsfront, selbst im Wahlkampf, zwischen SPD, Zentrum und Staatspartei. Da sagen wir allerdings auch Nanu, Nanu! Nicht nur wegen der schönen Verse, Motto: „Reim dich, oder ich freiß dich!“ Auch sonst kann man bei der Einstellung das Gruseln lernen!

Ohne Frage haben aber zahlreiche bürgerliche Wähler den schlecht gereimten Rat befolgt, und haben — sozialdemokratisch gewählt. Die Abwanderung von Arbeiterstimmen aus der SPD ist daher stärker, als aus den Abstimmungsziffern hervorgeht. Da die Kommunisten diese Stimmen nicht aufzufangen konnten, sondern selber noch einen starken Verlust erlitten, bleibt nur die Schlußfolgerung, daß Arbeiterstimmen in sehr erheblicher Zahl ins Nazilager gewandert sind. Hier liegt die große faschistische Gefahr!

In dieser außerordentlich ernsten Situation hat die SPD offenbar den Ehrgeiz, mit den Kommunisten an Dummheit zu wetteifern. Deren größte besteht nach unserer Auffassung in ihrer Parole: „Hauptfeind ist die SPD.“ Analog entdeckt im „Freien Wort“ (Nr. 17) der Parteisekretär Wellhausen, Hamburg, daß die KPD der Hauptfeind ist! Er schreibt:

„Fast noch erfreulicher als das Absinken der Nazis ist die katastrophale Niederlage der Kommunisten, und das in der Heimatstadt Teddy Thälmanns. Besonders erfreulich ist das starke Absinken der kommunistischen Stimmen trotz unverminderter Heftigkeit der Wirtschaftskrise in ihren bisher fast unbestrittenen Hochburgen, den Stadtteilen Neustadt und St. Pauli. Hier, wo außerdem ihre Zentrale liegt, muß der Verlust doppelt schmerzhaft für die KPD sein. Bei der Überlegung, wohin die kommunistischen Wähler abgewandert sind, muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß nicht einfach ein Ueberwechseln zu Hindenburg erfolgt ist. Es gibt keine andere Lösung dieser Frage, als daß sehr viele bisher kommunistische Stimmen zu Hitler gegangen sind und nicht zu Hindenburg.“

„Besonders erfreulich“ ist ein schwacher Ausdruck für dies Ergebnis! Was ein richtiger SPD-Sekretär ist, sollte sich hierüber halb totlachen — Hitler stimmt dabei sicher herrlich mit ein!

Die aktuellste Parole scheint augenblicklich zu sein: Verwechselt das Bäumchen! Die Abwanderung von Arbeiterstimmen zu Hitler ist „besonders erfreulich“. Mit ganz besonderer

Freude wird aber auch bürgerlicher Besuch im Lager der SPD begrüßt.

Thomas Mann hat im vorigen Jahr in einem Vortrag gesagt: Marxismus hin, Marxismus her! Der politische Platz des deutschen Bürgertums ist heute an der Seite der Sozialdemokratie! Daß ein bürgerlicher Schriftsteller so etwas sagt, ist nicht schlimm. Daß aber der „Vorwärts“ sich vor Freude über diese Ausführungen gar nicht beruhigen konnte und in zwei Artikeln darüber berichtete, ist schon erheblich schlimmer.

Heinr. Potthoff, früher Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes, wurde mit Freude in die SPD aufgenommen, nachdem er in seiner Uebertrittserklärung gesagt hatte:

„Die Stelle, an der ich 30 Jahre lang im politischen Leben gestanden, ist durch die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei leer geworden. Wer ein Menschenalter lang für sozialen, demokratischen Liberalismus gekämpft hat, steht vor der Wahl, sich entweder dem Abmarsch der bürgerlichen Linken zur Mitte anzuschließen oder zur Arbeiterbewegung zu stoßen. Obwohl ich nicht „Marxist“ bin, kann unter den gegenwärtigen Umständen kein Zweifel sein, daß ich zur Linken gehöre.“

Die Erklärung Potthoffs ist symptomatisch. Wie ihm geht es großen Teilen der Bourgeoisie, die durch den Zerfall der bürgerlichen Linken heimatis geworden sind. Sie gehen zur Sozialdemokratie mit dem Bekenntnis, daß sie nicht Marxisten sind und in der Zuversicht, daß hier ein Klassenkampf gegen die Bourgeoisie in der sie weiter verwurzelt bleiben, nicht geführt wird.

Auch Erkelenz ist aus der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsbewegung bei der Sozialdemokratie gelaufen. Er hat am 27. 3. im „Berliner Tageblatt“ zu der Frage Stellung genommen, ob eine „Deutsche Linke“ möglich ist. Dann schreibt er: Deutschland braucht fast lebensnotwendig eine starke, aktive, bürgerlich-demokratische Partei, auch vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus. Ich habe ein Menschenleben lang alles aufgeopfert, eine solche Partei schaffen zu helfen. Der Sozialdemokratie habe ich mich angeschlossen, als ich einsah, daß diese Bestrebungen zum dauernden Mißerfolg verurteilt sind!

Kreugerkorruption auch in Deutschland?

Die Kommunisten haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Nach Pressemeldungen, die auf Bekanntmachung der Kreugerschen Nachlaßverwaltung in Stockholm zurückgehen, hat der „Kreuger-Konzern riesige Summen als Bestechung für die Erwerbung von Zündholzmonopolen ausgegeben.“

Damit ist der dringende Verdacht gegeben, daß auch das deutsche Zündholzmonopol durch verbrecherische Manipulationen zustande gekommen ist.

Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich eine Untersuchung ohne Ansehen der Person einzuleiten, ob bei dem Zustandekommen des Zündholzmonopols Minister, Beamte, Parlamentarier, Journalisten oder andere einflußreiche Personen der Politik, Wirtschaft und des öffentlichen Lebens von dem Kreuger-Konzern bzw. seinen Agenten bestochen worden sind?

Ist die Reichsregierung bereit, das Ergebnis dieser Untersuchung dem Reichstage vorzulegen und öffentlich bekanntzumachen?“

Gleichzeitig haben die Abgeordneten Torgler und Genossen einen Antrag eingebracht, in dem sie die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses fordern.

Faule Ausreden der „Roten Fahne“

In der „SAZ“ vom 20. April hatten wir festgestellt, daß das Geschrei der „Roten Fahne“ vom 17. April über sozialdemokratischen Wahlbetrug, weil die Liste der „Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten“ die Nummer 4a erhalten hat, nur die KPD blamiert. Diese Nummerierung ist nämlich auf Grund einer erfolgten Listenverbindung zwischen der „Interessengemeinschaft“ und der KPD erfolgt. Daraufhin hat sich die „Rote Fahne“ bis zum Wahltag ausgeschwiegen. Erst am Sonntag, wo vor der Wahl keine Richtigstellung mehr erfolgen konnte, antwortet die „Rote Fahne“ mit ihrer Schimpfepistel gegen die SAP unter der Überschrift „Der freche Wahlbetrug der SPD. SAP in Hilfsstellung für den Wahlbetrug.“ Sie ist allerdings so vorsichtig, diese Epistel

Durch die Bildung der „Eisernen Front“ hat nun die SPD-Führung endgültig mit den letzten Illusionen vom Klassenkampf gebrochen. Ullatein, Mosaik und „Vorwärts“ wetteiferten in der Werbung für die Eisernen Front und in begeisterten Berichten über ihre Veranstaltungen. So schrieb der „Vorwärts“ am 21. 1.: „Deshalb erkennen auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verstand verloren haben, daß ihr Platz an der Seite der freihetlichen Arbeiterschaft ist.“ Deshalb die Bildung der bürgerlichen Aktion, Deshalb das Bekenntnis, daß nur im Bunde mit der Arbeiterschaft die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann. Rebel, „der unversöhnliche Feind der Bourgeoisie“, mußte sich bei diesen Worten im Grabe umdrehen.

Das „8 Uhr-Abendblatt“ läßt sich auch nicht lumpen, es schreibt: Wer für die Republik ist, ist auch für die republikanische Aktion und die Eisernen Front; und an welcher dieser beiden Stellen er aktiv in der Abwehr der Republikfeinde tätig ist, das bleibt sich gleich!

Interessierte man sich für die Wahlversammlungen der SPD, so brauchte man nicht den „Vorwärts“ zu lesen — man fand sie auch in Versammlungskalender von Tante Voß. Vor der Präsidentenwahl brachte der „Vorwärts“ einen Balken:

Für Einigkeit und Recht und Freiheit!
Wählt Hindenburg!

Und — Rache ist süß — vor der Landtagswahl brachte das „8 Uhr-Abendblatt“ einen Balken:

„Gegen Chaos und Untergang. Wählt
Liste 1. Otto Braun, Carl Severing.“

An den Litfaßsäulen zeigten Plakate einen Riesenblock, der das Hakenkreuz zerhackt. Schwarz-Rot mußte der Block sein, Rot allein steht nicht mehr!

So ist zwischen Sozialdemokratie und Bourgeoisie der Friede ausgebrochen!

Schon bei der Reichstagswahl hat die SPD anerkannt, daß sie in Zeiten der Krise den Einfluß auf die Massen verliert — das scheint ihr ein natürlicher Vorgang — und 1932 ruft sie das Bürgertum an die Seite der Arbeiterschaft. Will sie damit dem Bürgertum ihren Platz abtreten?

Wenn man alles auf die „bösen Zeiten“ schieben will, sei im Goethejahr ein Zitat erlaubt:

„Was Ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigener Geist,
In dem die Zeiten sich bespiegeln!“

sehr versteckt ganz oben über einer Inseraten-seite zu bringen.

Die „Rote Fahne“ schreibt: „Dabei lügt das Blatt, die Kommunistische Partei habe eine Listenverbindung mit dieser dunklen Interessengemeinschaft abgeschlossen. Diese Behauptung der „SAZ“ ist eine gemeine Verleumdung und Lüge, wie sie nur von der Filiale der Hindenburg-SPD zur Verwirrung der Arbeiter ausgeheckt werden konnte. Selbstverständlich besteht nicht die geringste Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei und der „Interessengemeinschaft.“

Diese Erklärung ist ein dreister Schwindel. Wir stellen an Hand des Amtsblattes der Stadt Berlin, Nr. 16 vom 17. April 1932, fest, daß auf Seite 247 hinter dem Wahlvorschlag 4a „Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten“ die Bemerkung steht: „Angeschlossen dem Landeswahlvorschlag 4a der Kommunistischen Partei Deutschlands.“ Eine solche Erklärung ist nur mit beiderseitiger Zustimmung möglich.

Wenn also die „Rote Fahne“ behauptet, daß die „SAZ“, die sich auf die amtliche Mitteilung stützt, lügt, so wendet sie sich an die falsche Adresse. Denn wenn die Mitteilung des Amtsblattes nicht den Tatsachen entspräche, dann läge eine strafbare amtliche Wahlfälschung vor. Außerdem begründet sie die Ungültigkeit der Wahl. Wir fragen also: Wann hat die KPD gegen den Bürgermeister Lange als den Berliner Wahlleiter und gegen die Vertreter der Liste 4a Strafantrag wegen Wahlfälschung gestellt? Solange sie das nicht getan hat, erklären wir die Behauptung der „Roten Fahne“ für einen groben Schwindel. Im anderen Falle werden wir den Ausgang des Verfahrens abwarten. Es ist selbstverständlich, daß wir eine Wahlschiebung, wenn sie vorliegt, nicht decken, sondern auf das schärfste verurteilen würden. Daran, daß sie vorliegt, haben wir aber nach dem Verhalten der „Roten Fahne“ begründete Zweifel.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Am Montag hat der englische Botschafter in Berlin der Reichsregierung eine Note überreicht, in der die englische Regierung anfragt, ob Deutschland mit dem Beginn der Lausanner Konferenz am 16. Juni einverstanden sei. Eine gleichlautende Note ist in Paris, Rom, Tokio und Brüssel überreicht worden. Wie verlautet, ist die Reichsregierung damit einverstanden.

Was wird in Preußen?

Mit ihrem Rücktrittsbeschluß hat sich die Regierung Braun-Severing zunächst aus der Feuerlinie zurückgezogen. Die Frage, ob diese Regierung weiterhin im Amt bleiben könne, ist hiermit negativ entschieden und zwar endgültig entschieden. Aus dem kommunistischen Lager wird erneut mit Nachdruck versichert, daß man unter allen Umständen die Einsetzung einer Hakenkreuz-Regierung verhindern helfen werde. Unter der Voraussetzung, daß die preußische Zentrumsfraktion — auch in ihrer neuen, noch weit stärkeren reaktionären Zusammensetzung — das Experiment einer Regierungszusammenarbeit mit den Nazis ablehnen werde, kann somit schon jetzt gesagt werden, daß ein dem neuen Landtag präsentierter faschistischer Ministerpräsident — die Nazis denken an den Abgeordneten Gregor Strasser — mit den kommunistischen Stimmen nicht gewählt werden dürfte.

Da die Kommunisten nunmehr auch zu einer Aenderung der noch vom alten Landtag geänderten Geschäftsordnungsbestimmung nicht die Hand bieten werden, und so die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten nur mit absoluter Mehrheit, d. h. mit mindestens 212 Stimmen erfolgen kann, würde das Kabinett Braun unter solchen Umständen als geschäftsführendes Ministerium weiter amtieren können.

Die „Frankfurter Zeitung“ erhebt heute schon die Frage, wie lange denn ein solcher Ausweg gangbar sei und wie ein Geschäftsministerium überhaupt beschaffen sein müsse, um der Lage gewachsen zu sein. Das Blatt sagt:

„Wir halten es für undenkbar, daß Herr Braun nicht wenigstens den Versuch unternehmen sollte, sein Kabinett irgendwie um-zubilden. Man kann sich nicht vorstellen, daß der gegenwärtige Ministerpräsident, ohne diesen Versuch unternommen zu haben, mit diesem gleichen Parteiministerium vor den neuen Landtag treten und hoffen könnte, weiter zu regieren, wie wenn nichts vorgefallen wäre. Was wir vor den Wahlen forderten, müssen wir, seit wir den Umfang der parteimäßigen Umwälzung kennen, mit verdoppelterm Recht verlangen: Herr Braun muß weitgehende Konsequenzen aus dieser Wahl ziehen, bevor er sich dem neuen Landtag mit seinem Geschäftsministerium präsentiert. Seine Geschäftsführung muß auch den Anschein vermeiden, als sei sie die Verlängerung eines toten zu Fall gekommenen Parteiregiments.“

Wie verlautet, soll Braun sich tatsächlich mit einem derartigen Plan beschäftigen. Die von ihm ins Auge gefaßte Umbildung soll darin bestehen, daß Severing und Grimme ausgeschieden würden. An deren Stelle würden Beamte treten, im Innenministerium wohl einer der preußischen Oberpräsidenten — in das Kultusministerium wahrscheinlich der dem rechten Zentrumsflügel zugehörige Staatssekretär Dr. Lammers.

Entgegen anderen Nachrichten kann festgestellt werden, daß Koalitionsgespräche zwischen Zentrum und Nazis noch nicht begonnen haben. Der stellvertretende Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Dr. Graß, läßt durch Tel-Union erklären, daß „das Zentrum sich als den Garant der verfassungsmäßigen Ordnung betrachte“. Im übrigen könne das Zentrum mit Ruhe abwarten, bis zu Tage träte, was die großen politischen Gruppen eigentlich wollten. Von anderer Zentrumsseite wird erklärt, daß vor der Rückkehr Brünnings aus Genf überhaupt keine Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Erst nach einer eingehenden Aussprache der maßgeblichen Zentrumsführer mit dem Reichskanzler werde sich klären, was für eine Haltung die Partei künftig einnehmen werde. Hierbei wird jedoch betont, daß die letzte Entscheidung selbstverständlich bei der Zentrumsfraktion des neuen preußischen Landtages — nach dessen Zusammentritt — liegen werde. Die Zentrumsfraktion sei eben in ihren Entschlüssen souverän. Es würden also an sie bestenfalls Anregungen herangetragen werden. Was die Zentrumsfraktion dann beschließen werde, stehe dahin.

Auch legt man Wert auf die Feststellung, daß nach Ansicht des Zentrums die Initiative zu irgend welchen Verhandlungen von nationalsozialistischer Seite ausgehen muß. Es genüge nicht, wenn von nationalsozialistischer Seite erklärt werde, daß man zu Verhandlungen bereit sei. Ueber die Aussichten etwaiger Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ließe sich nichts sagen. Das Zentrum habe bereits erklärt, daß es mit jeder Partei zusammenarbeiten wolle, die sich auf den Boden der Verfassung stelle.

Im übrigen ist man beim Zentrum der Ansicht, daß selbstverständlich bei allen Entschlüssen in Preußen weitgehend Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich zu nehmen sein werde.

Wann der für Mai geplante Parteitag des Zentrums zusammen-treten wird, ist noch ungewiß.

Felix Schmidt zum Gedächtnis



der KPD-Presse Hervorragendes geleistet. 1927 wurde er dann als Vertreter der „R. H. Deutschlands“ in die Exekutive der Internationalen Roten Hilfe gewählt, wo er die Funktion als Organisationssekretär bekleidete. Im Gegensatz zu vielen anderen, die in Moskau ihre „Opposition“ vergaßen, ist Felix Schmidt seinen Auffassungen treu geblieben und hat auch versucht, wenigstens in der Roten Hilfe eine vernünftige Einheitsfrontpolitik zu machen durch die große parteilose Massen für den Kommunismus gewonnen werden konnten. Aber die innerparteilichen Gegensätze, die in Verfolg der russischen Fraktionskämpfe zu einem verschärften ultralinken Kurs führten, spitzten sich immer mehr zu. Die KPD-Zentrale versuchte durch Masseneinschlüsse jeden Kampf gegen diesen Rückfall in die „Kinderkrankheiten“ zu ersticken. In diesem Kampf stellte sich Felix Schmidt unerschrocken an die Seite der Ausgeschlossenen, nahm mit Selbstverständlichkeit alle sich hieraus ergebenden persönlichen Opfer auf sich, deren Konsequenz es mit sich brachte, daß er aus der Roten Hilfe und aus der KPD ausgeschlossen wurde. Wenn ihm gar jetzt noch von dem derzeitigen Bezirkssekretär der KPD Berlin die letzte Ruhestätte an der Seite seiner alten Kampfgenossen verweigert wird, mit der Begründung, er sei ein „Konterrevolutionär“ geworden, so richtet sich eine solche Lumperei von selbst und schändet nur die, die vorgehen, Kommunisten zu sein.

Felix Schmidt hat dann in Berlin gehalten, die Kommunistische Opposition aufzubauen, hat sich große Verdienste erworben um die Herausgabe der „Arbeiterpolitik“, der neuen Tageszeitung der KPD, als Vorsitzender der Genossenschaft „Arbeiterpresse“. Auf's neue hat er auch das Werk der Klassensolidarität in der „Int. Hilfs-Vereinigung“ aufzubauen versucht. Auch unter sehr schwierigen wirtschaftlichen und körperlichen Bedingungen stand er seinen Mann.

Außerordentlich erschüttert hat es ihn, daß nun auch in der KPD noch einmal wieder die Auseinandersetzungen über die richtige Taktik geführt werden mußten. Aber von der Erkenntnis durchdrungen, daß ohne die Klärung all der strittigen Fragen keine richtige kommunistische Politik durchgeführt werden kann, hat er mutig und consequent mit den Genossen um Wälder gekämpft, um die Voraussetzungen zur Vereinigung mit der SAP zu schaffen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat einen treuen, ihr ergebenen Mitstreiter verloren, unsere Partei einen ihrer besten Funktionäre, der mit seinen reichen Erfahrungen und Kennt-

nissen große Dienste hätte leisten können bei dem weiteren Aufbau unserer Organisation.

Felix Schmidt war ein kühler, sehr nüchtern denkender, aber politisch weitblickender Genosse, der jederzeit bereit war, ohne Rücksicht auf seine Gesundheit oder materielle Nachteile, sein äußerstes für die Bewegung einzusetzen. Alle Genossen, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, kennen ihn als einen guten Freund, auf den unbedingten Verlaß war. Eine empfindliche Lücke riß der Tod in unsere Reihen, die uns noch lange an den verlorenen Kameraden gemahnen wird. Aber wir müssen weiter arbeiten, müssen das Werk fortsetzen, an dem er mithalf. So werden wir ihn am besten ein gutes Gedächtnis bewahren.

Nachruf

Am 21. April 1932 verstarb unser Mitglied Felix Schmidt, ein aktiver Kämpfer in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung, ein Vorkämpfer besonders für die Organisation der überparteilichen Klassensolidarität im Kampfe gegen bürgerliche Klassenjustiz und faschistischen Terror.

Seine aktive leitende Mitarbeit hat die Rote Hilfe Deutschlands und international zu jener klassensolidarischen Waffe werden lassen, die sie einst als überparteiliche Organisation für die Arbeiterklasse war. Für ihre Erhaltung wurde er, wie aus der KPD, so auch aus der Roten Hilfe mit anderen ausgeschlossen. Mit ihnen zusammen war es wiederum Felix Schmidt, der seinen aktiven Anteil an dem Aufbau der Internationalen Hilfs-Vereinigung nahm, weil nur eine wirklich überparteiliche Klassensolidarität allein imstande ist, den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen bürgerliche Klassenjustiz und faschistischen Terror wirksam zu unterstützen. In diesem Sinne wirkte unser Felix Schmidt als Vorstandsmitglied der J.H.V. seit seinem Ausschuß aus der R.H. bis zum Tode.

Die größte Ehrung für unseren verstorbenen Felix Schmidt erweisen alle, wenn sie in seinem Geiste für das Ziel der Internationalen Hilfs-Vereinigung, der Schaffung einer wahrhaft überparteilichen Klassensolidarität aktiven Anteil nehmen.

In diesem Sinne den letzten Gruß unserem Felix Schmidt.

Alle Mitglieder der J.H.V. beteiligen sich am Mittwoch, dem 28. April, nachmittags 17½ Uhr, an der Trauerfeier im Krematorium, Gerichtstraße.

Präsidium der
Internationalen Hilfs-Vereinigung
I. A.: Jacob Schläger

Die Einäscherung des Genossen Felix Schmidt findet heute, Mittwoch, den 27. April, 17½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37, statt. Wir fordern alle Genossen auf, sich zu beteiligen.

Wie wird es mit den Tarifen nach dem 30. April?

Durch die vielen politischen Wahlen der letzten Wochen ist eine der wichtigsten Fragen für die gesamte Arbeiterschaft auf tarifpolitischem Gebiet in den Hintergrund gedrängt worden. Es handelt sich um die Frage, ob bei den vielen gekündigten Lohn- und Manteltarifen nach dem 30. April ein tarifloser Zustand eintritt, wenn bis dahin nicht durch freie Vereinbarung oder Schiedsspruch ein neuer Tarif abgeschlossen ist; weiter um die Frage, ob die nichtgekündigten Tarife automatisch weiterlaufen oder ebenfalls mit dem 30. April als erledigt gelten. Diese Fragen sind deshalb aufgetaucht, weil durch die Notverordnung vom 4. Dezember verfügt wurde, daß sämtliche Tarife, ganz gleich welcher Geltungsdauer, bis zum 30. April weiterlaufen und zu einem früheren Termin nicht gekündigt werden können. Daraus wurde einerseits geschlossen, daß die Tarife automatisch ohne Kündigung am 30. April ablaufen, während von anderer Seite die Auffassung vertreten wird, daß, wenn nicht gekündigt wird, der Tarif automatisch weiterläuft.

Bis jetzt ist darüber noch keine Entscheidung der Regierung bzw. des Reichsarbeitsministeriums erfolgt. Das unterbleibt offensichtlich deshalb, weil die Arbeiterschaft vor den Wahlen nicht „beunruhigt“ werden sollte. Jetzt, wenige Tage vor dem 30. April, ist aber diese Frage so brennend geworden, daß sie keinen Tag längeren Aufschub mehr duldet. Das um so weniger, als die Unternehmer, besonders alle großen Unternehmerverbände, das Bestreben haben, ab 1. Mai allgemein die tarifliche Gebundenheit der Löhne wie auch der sonstigen Arbeitsbedingungen gänzlich aufzuheben und die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbstherrlich festzusetzen. Sie glauben, heute unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Krise und Arbeitslosigkeit geschaffenen Notlage der Arbeiter unter tariflosem Zustand einen Generalabbau der Löhne

und eine Verschlechterung aller sonstigen Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Dadurch, daß die Regierung mit einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage zurückhält, unterstützt sie direkt die Bestrebungen der Unternehmer. Andererseits werden die Unternehmerpläne begünstigt dadurch, daß die Gewerkschaften sich bisher scheuen, eine Stellung zu diesen Fragen zu nehmen. Das letzte ist aber dringend notwendig.

Die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder müssen überall auf eine schnelle Klärung dieser Frage drängen und gleichzeitig alle Vorbereitungen für die Abwehr der Unternehmerpläne treffen. Das heißt nichts anderes, als daß sich die Arbeiter und Gewerkschaften auf große entscheidende Kämpfe einstellen und vorbereiten. Alles Hoffen und alle Spekulationen der Gewerkschaftsführung, daß es auf dem Wege der Verhandlungen vor dem Schlichter und durch Appell an die Regierung möglich wäre, ohne Kampf Lohnabbau und Tarifverschlechterungen abzuwehren, ist, gelinde gesagt, utopisch. Die Ankündigungen Stegerwalds zeigen klar, daß von der Regierung nur Tarifverschlechterungen zu erwarten sind. Der Unterschied gegenüber dem letzten Lohnabbau ist nur der, daß jetzt die Verschlechterungen nicht generell durch neue Notverordnung, sondern einzeln, teils mittels des tariflosen Zustandes, betriebs- und gruppenweise durchgeführt werden sollen.

Wenn die RGO bzw. die „Rote Fahne“ daraus die Schlußfolgerung ableitet, daß jetzt von den Arbeitern überall und grundsätzlich einzelne Betriebskämpfe geführt werden sollen, so ist das der übliche RGO-Usinn. Gewiß ist notwendig, daß überall da, auch betriebsweise, wo ein Mindestmaß von Erfolgsaussichten für einen Kampf, für den Streik besteht, der Abwehrkampf geführt werden muß. Aber das als generelle Lösung ausgeben, heißt einfach, sich der von Unterneh-

„Prolet, greif zu!“

Die erste Auflage diese Broschüre ist nahezu vergriffen!

Ortsgruppen und Bezirke, die noch Broschüren haben, die voraussichtlich nicht absetzbar sind, wollen das sofort unter Angabe der Anzahl an den Partei-Vorstand melden.

mentum und Regierung festgelegt, aber für die Arbeiter heute ungünstigsten Taktik anzupassen. Die Krise, die Kurzarbeit bei einer auf die Hälfte und noch weniger zusammengechrumpften Belegschaft mit einer riesigen Arbeitslosenarmee im Hintergrund, macht es in den meisten Betrieben einfach unmöglich, daß ein betrieblicher Kampf mit Erfolg geführt werden kann.

Weil dem so ist, muß alles aufgegeben werden, um die organisierte, geschlossene Macht der Gewerkschaften, des ganzen Proletariats gegen das einheitlich und planmäßig vorgehende Kapital einzusetzen. Nur der so erzeugte politische Massendruck auf die Regierung und kapitalistische Klasse kann heute zu entscheidenden Erfolgen für die Arbeiterklasse und damit zur Abwehr weiterer Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen.

Der Streik in der Druckerei R. Boll GmbH beendet

Nazistreibbrecher abgewehrt

Die GdA-Führung als Inhaberin der Druckerei R. Boll GmbH hat sich gegenüber der streikenden Arbeiterschaft eine tolle Provokation geleistet. Sie versuchte mit 30 herbeigeholten Nazis den Streik ihrer Belegschaft zu brechen. Die streikenden Arbeiter wehrten zunächst die Nazis in geschlossener Front ab. Sie wurden dann mit Hilfe eines starken Polizeiaufgebots in den Betrieb gebracht. Als jedoch die Belegschaft erklärte, unter keinen Umständen mit der Firma zu verhandeln, solange die Nazis als Streikbrecher im Betrieb sind, sah sich die Firma gezwungen, die Nazis wieder zu entlassen.

Es kam dann zwischen der Streikleitung und der Firma zu Verhandlungen, die damit endeten, daß an Stelle, des von der Firma geforderten Abbaues der übertariflichen Löhne von 35 Prozent nur ein Abbau von 12½ Prozent der übertariflichen Bezahlung bei allen Löhnen, die mehr als 5 Mark über dem Tarif liegen, durchgeführt werden soll. Unter diesen Bedingungen wurde der Streik abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen. Wir kommen auf den Verlauf und das Ergebnis des Streiks noch zurück.

Drohender Lohnabbau für die Gastwirtsangestellten

Wie in anderen Industrie- und Gewerbezweigen, so suchen auch die Unternehmer im Berliner Hotel- und Gastwirtsgewerbe den Tarifablauf am 30. April zu einer rigorosen Verschlechterung der ganzen Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten auszunutzen. Die Unternehmer kündigen an, daß ab 30. April nicht mehr der bisherige Garantielohn für die Kellner bezahlt werden soll. Ein Teil des Garantielohnes soll erst mit zwei- bis dreimonatiger Verspätung zur Auszahlung kommen.

Der größte Scharfmacher unter den Hotelbesitzern, der Eigentümer des Hotel „Excelsior“, hat am letzten Sonntag seinem ganzen Personal gekündigt, um seine Abbaupläne gegenüber der gesamten Belegschaft rücksichtslos durchführen zu können. Er kündigt darin an: die völlige Streichung des Urlaubs. Urlaub soll künftig nur nach Vereinbarung und ohne Bezahlung gewährt werden. Weiter soll der Garantielohn gänzlich abgeschafft und die tägliche Kündigung festgelegt werden.

Da Herr Elschner vom Hotel „Excelsior“ nun die Führung der Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter übernommen hat, und die gesamte Arbeiterschaft im Gastwirtsgewerbe von denselben Abbaumaßnahmen bedroht wird, ist es notwendig, daß sämtliche Arbeiter und Angestellten des Berliner Gastwirtsgewerbes den geschlossenen Kampf dagegen führen.

Griechenland gibt die Goldbasis auf

TU. Athen, 25. April 1932.

In einer Finanzkonferenz, die am Montag unter dem Vorsitz von Venizelos stattfand, wurde beschlossen, endgültig die Goldbasis der Drachme aufzugeben. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf ist vom Ministerrat bereits fertiggestellt worden und wird am Montagabend der Kammer vorgelegt werden. Venizelos wird dabei längere Ausführungen über die Finanzlage machen. Es ist angeordnet worden, daß das Gesetz sofort in Regierungsgorgan veröffentlicht wird.